

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboptionspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mt., für einen Monat 6.—Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 58477**

Rедакция: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 12893. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 geblattete Kolonialzeile oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 geblattete Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonialzeile 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Londoner Konferenz.

Die deutsche Delegation in London.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach den Meldungen der Sonderberichterstatter der Berliner Blätter ist die deutsche Delegation pünktlich um 7½ Uhr in London eingetroffen. Beim Empfang auf der Victoria-Station begrüßte ein Vertreter Lord Curzon sowie der deutsche Botschafter Stahmer die Delegation. In Begleitung Minister Dr. Simons befanden sich die Staatssekretäre Göppert und v. Simon, Schröder, Bergmann und Lewald, ferner General v. Seest. Als besonderer Vertreter Preußens ist Geheimrat Fellingen mitgereist, als Vertreter Bayerns Geheimrat Meinel, als „besonderer Kenner in der Frage der Einwohnerwehr“ Birner. Dagegen ist nach Mitteilungen der Börsischen Zeitung kein einziger Sachverständiger mitgereist. Diese Herren sollen sich lediglich abreisefertig zur Verfügung halten, um auf Anruf eventuell einzeln sofort in London zu erscheinen. Reichsminister Dr. Simons wird als erster in der Wiedergutmachungsfrage sprechen und die deutschen Vorschläge bei dieser Gelegenheit überreichen. Über die Art dieser Vorschläge wird strengstes Stillschweigen beobachtet. Wie der Korrespondent der Börsischen Zeitung erfährt, sind sämtliche Vermutungen, die darüber in der deutschen und ausländischen Presse geäußert worden sind, irrig.

Zur Reparationsfrage.

London, 28. Februar. Wie der Havasberichterstatter meldet, wird Lloyd George in der ersten Sitzung im Namen der Alliierten auf die Erklärungen des Reichsministers Dr. Simons antworten und dabei ganz besonders auf die Notwendigkeit hinweisen, daß die Alliierten den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erzielen müssen, ohne daß neuerdings die Frage der Kriegsverantwortlichkeit zur Sprache gebracht wird. Hierauf wird Lloyd George die Bildung des Ausschusses verlangen, der aus alliierten und deutschen Sachverständigen besteht und unverzüglich eine ins einzelne gehende Durchprüfung der deutschen Gesetzesvorschläge aufnehmen soll. Diese Vorarbeit wird voraussichtlich am Freitag beendet sein. Die Konferenz wird abschließend in Vollversammlungen die Ergebnisse durchberaten, zu denen die alliierten und die deutschen Sachverständigen geladen sind.

Paris, 28. Februar. Wie Perrinax dem Echo de Paris aus London berichtet, soll in den letzten Tagen eine Umgestaltung des Abkommens von Paris vorgeschlagen werden. Man wolle die 12 Jahreszahlungen in 30 Jahreszahlungen umwandeln, allerdings ohne die Gesamtsumme abzuändern. Dadurch werde eine Erhöhung des Jahresbetrages um 1.300.000.000 Goldmark erreicht.

London, 1. März. (L. V.) Es scheint festzustehen, daß die Pariser Sanktionen weitere Erörterungen unter den Alliierten voraussehen, ehe sie praktisch anwendbar sind. Gestern wurde ein Ausdruck eingereicht, der die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen untersuchen soll für den Fall, daß Deutschland seine Reparationspflichten nicht erfüllt. Außerdem wurde der Besluß gefasst, die Reparationsfrage vor der militärischen Angelegenheit auf die Tagessordnung der Konferenz zu legen, und zwar ist dies ein französisches Verlangen.

Griechenland lehnt die vorgeschlagene Regelung der Orientfrage ab.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Paris: Während der Beginn der Verhandlungen mit Deutschland vor allem die Aufmerksamkeit der politischen Welt in Anspruch nimmt, ist die Erledigung der Orientfrage aufs Neue ins Stocken gekommen. Der griechische Ministerpräsident hat vor seiner Regierung die Anweisung erhalten, eine Untersuchungskommission für Thracien und Makedonien nicht anzunehmen. Die Türken wären mit der Entsendung der Kommission einverstanden gewesen. Jetzt wird die Konferenz über diese Frage noch einmal beraten müssen. Es wird sogar für wahrscheinlich gehalten, daß es in Kleinasien zu neuen Kämpfen zwischen Griechen und Türken kommt.

Abdankungsabsichten des griechischen Königs?

Paris, 28. Februar. (L. V.) Aus London wird der Chicago Tribune gemeldet, daß der Bericht des englischen Gesandten in Athen den König Konstantin in großer Verlegenheit gesetzt habe. Der König habe sich bereit erklärt, zugunsten seines Sohnes abzudanken, wenn dies die Alliierten könnten, den griechischen Forderungen gegenüber günstiger zu stimmen.

Italiens Orientpolitik.

Paris, 28. Februar. Dem Sonderberichterstatter der Agentur Havas in London erklärte Graf Storza, die italienische Politik im Orient werde von dem Wunsch nach einer Befriedigung geleitet, die gestatte, den wirtschaftlichen Bestrebungen Italiens nachzugehen. Italien müsse wegen seines Mangels an Eisen, Kohlen und Petroleum die Politik der offenen Tür unterstützen. Wenn diese Politik im nahen Orient angewandt werde, könne sie die italienische Mitarbeit durch Arbeiter, Techniken und Kapital bewirken. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Anatoliens könne beträchtlich gesteigert werden. Der Sonderberichterstatter

befragte den Grafen Storza über das mögliche Ergebnis der Verhandlungen mit Deutschland. Der Graf antwortete: Ich mache Politik und keine Prophezeiungen.

Die Mandatsfrage.

Paris, 28. Februar. Der Völkerbundrat hat heute Vormittag den Entwurf einer Antwort auf die amerikanische Note in der Mandatsfrage geprüft. Die Besprechung wird heute Nachmittag fortgesetzt. Der Völkerbundrat prüfte ferner einige auf die Verfassung von Danzig bezügliche Fragen und beschloß, der Regierung der Freien Stadt Danzig eine Note zu übergeben, welche Änderungen, die an der Verfassung vorgenommen werden sollen.

Paris, 28. Februar. Nach einer Havasmeldung aus Neuworf berichtet eine Depesche aus Tokio, daß in unterrichteten japanischen Kreisen die Meinung vertreten wird, Japan werde auf der Erteilung des Mandats über die Insel Yap bestehen. Es werde sich dabei auf die Entscheidung berufen, die vom Obersten Rat im Mai vorigen Jahres getroffen wurde.

Beziehung Bayerns im Fall der Nicht-entwaffnung?

London, 28. Februar. (D.A.) Daily Chronicle erzählt aus Kreisen der Londoner Konferenzteilnehmer, daß Lord George und Orlando nach Kenntnisnahme des Gutachtens des Marschalls Hoch grundsätzlich beschlossen haben, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß als letzter Termin für die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern und Preußen der 1. April gestellt wird. Bis dahin wird die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt gefordert. Sollte sich die bayrische Regierung weigern, die Entwaffnung und Auflösung der Schützenorganisationen bis zu diesem Termin durchzuführen, so würde unbedingt der Einsatz aller Truppen in Bayern erfolgen.

Die Orgeschleute geben nicht nach.

München, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern hat in Regensburg, dem Wohnort des bekannten Dr. Heim, eine große Versammlung der Einwohnerwehr stattgefunden. Die Versammlung hat das Festhalten ihres bisherigen Programmes ausgesprochen.

Impozante internationale sozialistische Kundgebungen in München.

München, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der zurzeit stärkste Sinn der Reaktion in Deutschland lag gestern in seinen drei größten Sälen eine machtvolle internationale Demonstration, die bewies, daß in München klassenbewußtes Proletariat trotz aller Verfolgung und Unterdrückung der Geist Kurt Eisners fortlebt.

Die von der Wiener internationalen Konferenz heimlebenden Genossen, Grimm für die Schweizer Partei, Longuet, Paul Faure, Mittal und Bracke als Vertreter der französischen sozialistischen Partei, Riles und Shinwell für die Unabhängige Arbeiterpartei Großbritanniens, Crispin, Luis Zich und Walther Wurm sprachen vor überfüllten Massenversammlungen im Kindergarten, im Malteserbräu und Löwenbräu.

Sie alle gedachten derer, die in allen Ländern den Kampf gegen den Krieg mit Zuhause und Gefängnis, den Kampf für die Revolution mit dem Tode hatten bezahlen müssen. Die englischen und französischen Genossen schilderten das Elend und die Not, die auch in den Siegerstaaten der Krieg der arbeitenden Bevölkerung gebracht. Die Friedensverträge von St. Germain und Versailles beteiligten nicht, sondern verschärften nur die Verfolgung des Proletariats. Daher müßten sie verkündet werden, genau so wie die auf der Pariser Konferenz gefassten Wiedergutmachungsbeschlüsse.

Alle Redner gelobten unter nicht endenwollenden Beifallsstürmen anzukämpfen gegen die kapitalistische Machtpolitik der Ententeregierungen, die nur bezwungen werden könne durch die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder unter der Befreiung, daß die Arbeiterklasse zunächst jede in ihrem eigenen Lande ihre Bourgeoisie, ihre Regierung bekämpfe.

Mit einem Hoh aus die internationale sozialistische Arbeiterbewegung und unter Wissengang sozialistischen Kampfliedern saßen die Massenversammlungen einen erhebenden Abschluß.

Eine Absage an die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Halle meldet der Vorwärts: Am Sonntag tagte in Halle eine Konferenz für den mitteldeutschen Bergbau. Auf der Konferenz wurde auch über die ferne Taktik der Gewerkschaften beraten. Besonders wurde zu der Frage Stellung genommen, ob die Gewerkschaften im Sinne der kommunistischen Gewerkschaftsansicht arbeiten sollen oder im Sinne des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit 177 gegen 13 Stimmen wurde beschlossen, sich nicht an der wirtschaftlichen Räteorganisation zu beteiligen, sondern auf den Grundlagen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weiter zu arbeiten.

Dieser Beschuß beweist, daß die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland durchaus nicht so geschlossen hinter der wirtschaftlichen Räteorganisation steht, wie die Kommunisten es gern glauben möchten.

London, Moskau und Angora.

I.

O. J. Die Verhandlungen auf der Londoner Konferenz über die Orientfrage enthüllen aufs neue den Interessenwirrwarr und die mancherlei Gegensätze, die in der Entente selbst über die „Lösung“ der türkischen Frage bestehen. Diese Käuzbäckerei der Diplomaten sind aber nur zu verstehen, wenn man die tieferliegenden ökonomischen und weltpolitischen Ursachen der Meinungsverschiedenheiten kennt, Ursachen, die nicht so leicht zu ermessen sind, wenn man nur Diplomatengezänk und Pressepolemiken berücksichtigt. Die weltpolitischen Grundsätze der heutigen türkischen Frage sind leicht zu erkennen, wenn man die imperialistischen Streitungen vor dem Kriege beachtet. Schwieriger ist es, die Stärke der neu hervortretenden Tendenzen zu bestimmen. Wir wissen nichts Näheres über den jüngsten wirtschaftlichen Zustand Vorderasiens. Die Nachrichten über die nationalen Bewegungen stammen entweder aus englischer oder aus bolschewistischer Quelle und sind daher gefärbt. Man kann also schwer ein Urteil abgeben über die wahrscheinlichen Ereignisse der nächsten Zeit; aber eins ist sicher: Die Fragen des nahen Orients sind durch imperialistische Rezepte ebensoviel zu erledigen wie die Probleme Mitteleuropas. Muß der Versailler Vertrag durch die Londoner Konferenz „verlebt“ werden, so muß dieselbe Konferenz den Vertrag von Sevres revidieren, der am 10. August 1920 diese Frage angeblich endgültig erledigt hat. Zwei Tatsachen sind es, die die Revision notwendig machen: die Rückkehr König Konstantins nach Griechenland und die wachsende Macht des „Rebellen“ Kemal Mustafa Pascha, der als Repräsentant der anatolischen Bauern und türkischen Beamten seine Delegation aus Angora nach London sandte.

Betrachten wir die weltpolitische Bedeutung Vorderasiens: Deutschland ist ausgeschaltet, der Traum Hamburg-Bagdad ausgebrochen. Damit ist die Jungtürkenherrschaft, die auf die deutsche Karriere gesetzt hatte, gestürzt. Die nationale Bewegung der nicht-türkischen Elemente, nicht nur der christlichen, hat dadurch bedeutend an Kraft gewonnen. Diese nationalen Strömungen der Araber, der Syrer und der Armenier werden, wie schon vor dem Kriege, von den europäischen Mächten, besonders England, künstlich gefördert und ausgenutzt. Endlich ist die alte Politik des Zarismus, der in Persien und Armenien wühlte, abgelöst durch die bei weitem geschicktere Werbearbeit der Bolschewiki, die sich an alle revolutionären Elemente der orientalischen Völker wenden, an die Intellektuellen mit kommunistischer Propaganda, an die Massen der Bauern und Handwerker, deren antikapitalistische Orientierung sie geschickt auszunutzen suchen, mit agrarcommunistischen Versprechungen, während sie die ausgesprochenen Nationalisten, die Grundbesitzer und Notabeln usw., mit dem Kampfgeist gegen den englischen Imperialismus zu gewinnen suchen. Daß diese Propaganda weit mehr eine Expansionspolitik als eine sozialistische Politik darstellt, beweist neuerdings der Ueberfall auf Georgien. Es ist, wie der Prater der georgischen Sozialdemokratie mit Recht hervorhebt, eine Fortsetzung der zaristischen Politik unter kommunistischer Flagge. Die dauernden Erfolge dieser Politik sind vor hier aus schwer abzuschätzen. Immerhin führt das Zusammengehen mit den türkischen Nationalisten zu dem Ergebnis, daß sich das stark verkleinerte Armenien als Sowjetrepublik erklärt, d. h. sich dem Einfluß Russlands unterstellt. Von „Sowjetrepubliken“ im europäischen Sinne kann weder bei Armenien noch bei Turkestan (Nordpersien), in Dagestan und der alten russischen Kolonie Turkestan die Rede sein. Diese Länder müssen nämlich durch den Krieg außerordentlich gelitten haben. Das armenische Volk ist außerordentlich schwächt. Außerdem macht die eigentliche wirtschaftliche Struktur — Landwirtschaft mit künstlicher Bewässerung nebst Handwerk in den Städten, Karawanenhandel mit Nomadentum in Wüste und Steppe — ein modernes Rätesystem unmöglich. Man muß sich überhaupt hüten, europäische Ergebnisse auf diese Gebiete schablonenhaft zu übertragen.

Immerhin wird die Orientpolitik Moskaus bedeutende Fernwirkungen auf die Außenpolitik Großbritanniens ausüben. Besonders unangenehm für England sind die geistigen Ausstrahlungen der bolschewistischen Propaganda nach Indien. Die revolutionäre Bewegung in diesem Reichsreich wird gestärkt durch das Bewußtsein, daß in Moskau ein Bundesgenosse residiert. Im Bewußtsein dieser Inder verwandelt sich Lenin zu „einem großen Heiligen“. Jedemal ist die oppositionelle Bewegung Indiens im Wachsen. Bei einem Empfang des Herzogs von Connaught in der Hauptstadt Delhi fehlten einige hervorragende indische Fürsten und gleichzeitig hatten alle Läden der Stadt geschlossen, zum Zeichen, daß sie sich dem Boykott englischer Waren anschließen. Und zu gleicher Zeit meldet der Telegraph von bedeutenden Streikbewegungen der vereidigten Textilarbeiter in Bombay. Gelingt es, diese verschiedenen Bewegungen zusammenzufassen, oder ein Zusammengehen mit den Intellektuellen und nationalen

Motabeln zeitweise zu ermöglich, so erwähnt England eine ernste Gefahr.

Diese Situation erklärt auch die Politik Mustafa Kemals. Er ging zuerst mit Moskau gegen die von der Entente gestützte türkische Regierung in Konstantinopel. Er hoffte sich aber, es ganz mit England zu verderben. Er erklärte dann, dass Kommunismus in Kleinasiens unmöglich sei, worin er recht hat; doch er aber feindselig mit Moskau verbrechen wollte, was er durch Entsendung einer Gesandtschaft nach Moskau bekräftigte. Leider ist bis jetzt nicht bekannt, was bei den Verhandlungen herauskam, die Nadel, unsichtig der beste Orientkennner der Bolschewiki, in Angora mit Kemal führte. Jedenfalls läuft die Tatsache, dass Kemal eine Delegation nach London schickte, darauf schließen, dass er mit England und der Entente als der stärkeren Macht rechnet. Die weitere Tatsache, dass diese Delegation sich mit der türkischen Abordnung aus Konstantinopel verständigt hat, und dass ihre Forderungen im Voror als gemäßigt bezeichnet wurden, beweist jedem Kundigen, dass Kemal darauf rechnet, von der Entente anerkannt zu werden, oder doch zu einem annehmbaren Kompromiss mit Konstantinopel und der Entente zu kommen. Man muss dabei berücksichtigen, dass Kemal den Kern des türkischen Volkes, den Anatolischen Bauern, hinter sich hat. Dieses ausgebeutete Volk hat alle Kräfte der Türkei geführt, ist militärisch nicht zu verachten und bildet eine kompakte türkischsprachende Masse. Ein Feldzug in Kleinasiens ist seine Kleinigkeit. Das wissen auch die Engländer und Franzosen, trotz aller Ruhmredigkeit der Griechen, die bislang immer noch an der Küste Kleinasiens stehen.

Der Streit unter den Alliierten und mit den Türken geht daher mehr um die nichttürkischen Gebiete des Osmanenreichs, um das Schloss Euriens und Palästinas, Mesopotamiens und Arabiens und endlich um die Frage der Verwaltung Thrakiens und die Stellung Konstantinopels.

Hier stehen die Interessen Englands und Frankreichs aufeinander und dazwischen laufen die Interessen Griechenlands und die Einflüsse Italiens, das in mancher Beziehung mit Griechenland konkurriert. Andererseits sind auch in England zwei Strömungen in der Orientpolitik zu unterscheiden. Die eine Richtung möchte mit militärischer Gewalt die australischen Araber im Irakstromland und auch die ägyptische nationalistische Bewegung niederschlagen, während die anderen Politiker die Opposition durch Scheinzugeständnisse zu spalten sucht. (Siehe den Bericht der Kommission unter Lord Milner über die zukünftige Verfassung Ägyptens. [P. B. Nr. 47.]) Diese Leute rechnen auch mit der Einstellung der englischen Arbeiterschaft und sind daher eher für die Schaffung von Vasallenstaaten, wie z. B. eines arabischen Königreichs.

Inzwischen hat eine Verschiebung der weltpolitischen Stellung der Türkei stattgefunden. Die Gefahr einer deutschen Bedrohung Indiens ist verschwunden, aber die Länder zwischen Ägypten und Indien haben erhöhte ökonomische Bedeutung erlangt wegen der ertragreichen Erdölfunde in Mossul und an andern Orten. Ganz hat die Türkei trotz allen Gedrängen während des Weltkrieges wirtschaftlich wenig zu bedeuten, obgleich die landwirtschaftliche Produktion bei großzügiger ausgenutzter künstlicher Bewässerung gesteigert werden kann. Immerhin ist heute für England dieses Gebiet als Verbindung zwischen Ägypten und Indien wichtig. Es sucht Frankreich ins Hinterztreffen zu drängen; nicht ohne Erfolg. Frankreich wiederum sucht durch Zugeständnisse im Orient Vorteile in der Wiedergutmachungsfrage durch die Belastung Deutschlands zu erlangen. Andererseits kann England Frankreich im Orient nicht ganz entbehren, sowohl im Kampf gegen den bolschewistischen Einfluss als auch zur Festigung seiner Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten, die in Armenien von jeher eine rege Missionstätigkeit entfaltet haben und deren Erdölinteressen durch die Stellung Englands in Mesopotamien berührt werden.

Wie diese tiefgreifenden weltpolitischen Veränderungen sich auf der Konferenz im tagespolitischen Streit auswirken, soll in einem späteren Artikel gezeigt werden.

Die Putschpläne der Ludendorff u. Co.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, dass nach Ausschüssen des Reichsministers Dr. Simons und eines Stinnesblattes ein neuer Rechtsputsch in greifbare Nähe gerückt ist. Dass die Kreise, die bei einem solchen Unternehmen in erster Linie in Bevölkerung kommen, die altdutschen, deutschnationalen und militaristischen Putschisten, jetzt von dem Plan nichts wissen wollen, ist nur zu begreiflich. Andererseits sind inzwischen ganz bestimmte zuverlässige Angaben gemacht worden, die die Nichtigkeit der Meldungen über die vorhandenen Putschpläne bestätigen. So berichtet das Berliner 8-Uhr-Abendblatt über Mitteilungen, die es „von gut unterrichteter politischer Seite“ erhalten hat. Danach haben die Forderungen der Entente nach der Entwaffnung „eigentlich“ verdeckt Personen veranlasst, der Frage näher zu treten, ob nicht in Deutschland zum Schutz einer nationalen Erhebung gegen die Entente ins Werk gebracht werden sollte, die den Verfaßter Friedensvertrag zunächst machen und Deutschland vor der Willkür der Entente schützen könnte“. Die nationale Erhebung sollte zugleich dazu führen, eine Diktatur über Deutschland zu errichten. Diese Idee soll besonders von Führern ehemaliger Freikorps propagiert worden sein. Die Bewegung sollte von München ausgehen. Wie von verschiedenen Seiten bestätigt wird, haben an den Besprechungen über den beabsichtigten Putsch auch bekannte Kapitäne Ehrhardt und Oberst Bauer, der Initiatoren Ludendorffs, teilgenommen. Beide Verbündete sollen sich zwar augenblicklich nicht mehr in Deutschland aufzuhalten, es steht aber fest, dass sie erst vor einigen Tagen — nachdem die Warnung in der Deutschen Allgemeinen Zeitung erschienen war — München verlassen haben.

Nach einer Mitteilung der Münchener Zeitung hat Ehrhardt den Herren Stinnes das Angebot gemacht, mit zu helfen die Regierung zu stützen, und sich dann selbst zum Diktator auszuufen, wenn die Londoner Verhandlungen ungünstig verlaufen. Zudem berichtet die Berliner Volkszeitung über eine Zusammenkunft von etwa 60 bis 70 rechtsstehenden Vertretern der Großindustrie, die in Berlin stattgefunden hat. An der Besprechung hat auch Ludendorff teilgenommen und er soll Stinnes ein ähnliches Angebot wie Ehrhardt gemacht haben. In den Kreisen der Industriellen ist der Plan einer politischen Aktion im erwähnten Sinne, wie berichtet wird, auf Widerstand gestoßen. Stinnes hat nach den Blättermeldungen beide Angebote abgewiesen. Die Übereignung des Industriewilligen gegen die abenteuerlichen Pläne der Rechtsputshister ist begreiflich, denn Stinnes hat ja das größte Interesse daran, dass die angekündigten Beziehungen zu den Entente-Kapitalisten nicht gestört werden.

Das bemerkenswerteste an der ganzen Geschichte ist, dass wieder einmal bewiesen wurde, dass der Sitz der Verschwörerbande Bayern ist. Ehrhardt hat, wie wir seinerzeit berichtet haben, seine ganze Brigade in den bayerischen Wäldern versteckt. Sie

soll aus etwa 40 000 Mann bestehen. Die Kahr-Regierung ist natürlich den Rechtsputshisten in jeder Weise behilflich gewesen. Es untersteht insbesondere keinem Zweifel mehr, dass der bayerische Justizminister (1) Dr. Roth, ein Reaktionär allerfeindlicher Sorte, von dem ganzen Treiben Kenntnis hatte. Ebenso steht fest, dass der Münchener Polizeipräsident Pöhlner Material für die Verschwörerorganisation aus ganz Deutschland zusammengetragen hat. Beide haben sich dadurch schwerer Amtsverbrechen schuldig gemacht. Beide gehören also auf die Anklagebank und die rechtssozialistische Münchener Post fordert mit Recht die Verhaftung der beiden Reaktionäre.

Die rechtssozialistische Presse schlägt jetzt überhaupt recht scharfe Töne an. So schreibt z. B. der Vorwärts: „Wird diesmal wieder gerupft, so wird diesmal ganze Arbeit gemacht.“ In ähnlichem Sinne äußern sich auch andere Blätter der Rechtssozialisten. Das klingt sehr radikal, aber leider stehen — wie so oft — die Taten der Rechtssozialisten im schroffen Gegensatz zu ihren Worten. Am selben Tage, an dem der Vorwärts den alten Sach schrieb, verhinderte die rechtssozialistische Reichstagstraktion die Aufführung über die Putschnachrichten, indem sie im Reichstage einen entsprechenden Antrag unserer Fraktion gemeinschaftlich mit den bürgerlichen Parteien niederschmissen. So sieht der Kampf der Rechtssozialisten gegen die Reaktion in der Praxis aus. Dabei muss der Vorwärts jetzt selbst zugestehen, dass sich die Konterrevolution heute in recht gefestigter Position befindet, was nebenbei bemerkte eine Folge der von den Rechtssozialisten mit betriebenen Konstanzionspolitik ist.

Selbstverständlich ist die Putschgefahr durch die vorzeitige Entdeckung der Pläne keineswegs beseitigt. Das 8-Uhr-Abendblatt bemerkt ausdrücklich, dass die Pläne der rechtsradikalen Elemente keineswegs endgültig aufgegeben werden sind. Ferner teilt die Germania, das Zentralorgan der Zentrumspartei, mit, dass in der nächsten Zeit zu einer großen Demonstration in Berlin aufrufen werden soll, von der nur noch nicht feststeht, ob sie bewaffnet oder unbewaffnet vorgenommen werden sollte. Jedenfalls ergibt sich aus allen diesen Nachrichten, dass die Gefahr nach wie vor groß ist. Es liegt auf der Hand, dass die Situation für die Verwaltunglichkeit der Pläne der Rechtsputshisten jetzt besonders günstig ist. Die Reaktionäre hoffen, die vorhandene Erregung über die Forderungen der Entente mit Erfolg für die beabsichtigten Streiche auszunutzen zu können. Deshalb gilt es für die Arbeiterschaft, jetzt ganz besonders auf der Hut zu sein. Die Behauptungen bürgerlicher Blätter, dass nach der Entdeckung der Pläne die Gefahr eines Umsturzes von rechts „ziemlich gering“ sei, sind durchaus irreführend. Die reaktionäre Putschlagergesellschaft weiß, dass sie eine ähnlich günstige Gelegenheit wie die ichne so leicht nicht wiederfinden wird. Darum muss die Arbeiterschaft die Vorgänge in der nächsten Zeit mit der größten Wachsamkeit beobachten. Sie muss auf dem Posten sein, um dem reaktionären Aufturm machtvoll begegnen zu können, um den Kriegsverbrechern und konterrevolutionären Putschisten vom Schlag der Ludendorff und Ehrhardt endlich einmal gründlich das Handwerk zu legen.

Ludendorff weiß von nichts.

General Ludendorff veröffentlicht eine Erklärung, in der er sagt, dass er mit der Putschangelegenheit nichts zu tun habe. Er meint, die Hinwendung seines Namens sei mit Unrecht zur Verfolgung bestimmter durchsichtiger Zwecke erfolgt — der Name Ludendorff hat während des Krieges so oft unter Veröffentlichungen gestanden, die so ungefähr das Gegenteil der Wahrheit enthielten. Der Herr General wird sich deshalb damit absindnen müssen, dass man ihm auch jetzt so ohne weiteres aufs Wort glaubt.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands.

An der Internationalen Sozialistenkonferenz in Wien beteiligt sich u. a. auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands. Ueber diese Partei sind uns von einem führenden Mitglied folgende Daten gegeben worden:

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands wurde 1904 gegründet. Bis 1918 gehörte sie der geistigen Sozialdemokratie Russlands an. Die in dieser Partei eingetretene Spaltung griff im Jahre 1918 auch auf die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands über.

Die SAPL zählte am 1. Februar 1921 11 000 Mitglieder. Der Partei ist auch der Sozialistische Jugendverband Lettlands angeschlossen. Zentralkomitee der Partei ist die in Riga erscheinende Tageszeitung Sozialdemokrat. Sie ist die zweitgrößte Tageszeitung des Landes und hat eine Auflage von 13 000 Exemplaren. Neben dieser Zeitung erscheint noch ein zweites Organ in Riga. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung, die im April 1920 stattfanden, erhielt die Partei 275 000 Stimmen; das sind 38 Prozent der Gesamtstimmenzahl. In der Armee betrug der Anteil der Partei 30 Prozent. Auf 150 gewählte Abgeordnete entfielen 58 Sitze für die SAPL. In acht Stadtverwaltungen haben unter Genossen die Majorität.

Die überwiegend Mehrzahl der Fabrikarbeiter wurde während der Kriegszeit zusammen mit den Betrieben nach Rußland evakuiert und kehrte erst in der letzten Zeit allmählich wieder zurück. Daher ist die Mehrzahl der Parteimitglieder heute hauptsächlich aus Landarbeitern und besitzlosen Bauern zusammengesetzt.

Im Jahre 1920 war die Tätigkeit der Sozialdemokratie Lettlands auf folgende drei Ziele konzentriert: die bürgerliche Regierung zu zwingen, einen Ausgleichsvertrag mit Rätorussland zu schließen, eine radikale Agrarreform durchzuführen, um endgültig die politische und ökonomische Macht des feudalen Adels zu liquidieren, und die Partei- und andre Organisationen zu erneuern und zu verstetigen, da sie infolge der Kriegs- und politischen Machtkämpfe der Jahre 1916—1919 (insbesondere nach Zusammenbruch Räte-Lettlands im Mai 1919) vollständig verschwunden waren. All diese Ziele hat die Partei im Jahre 1920 zum großen Teil erreicht. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den letzten Monaten konzentriert sich hauptsächlich gegen die reaktionäre Politik der bürgerlich-konservativen Regierung Winnats-Berg. In dieser Hinsicht ist der Proteststreik vom 26. Januar 1921 zu verzeichnen. 1920 hat die Partei im ganzen circa 800 Massenversammlungen abgehalten, die von mehr als 350 000 Menschen besucht waren.

Die Stellung der SAPL zur Internationale ist auf dem Kongress, der im Dezember in Riga stattfand, gelaufen. In einer mit übergroßer Mehrheit angenommenen Resolution wurde ausgedrückt, dass alle Versuche, die 2. Internationale wieder herzustellen, als endgültig gescheitert zu betrachten sind. Alle weiteren Versuche ihrer Wiederaufrichtung würden nur eine neue Spaltung der Arbeiterbewegung bedeuten. Da andererseits die 3. Internationale auf ihrem 2. Kongress in Moskau Beschlüsse gefasst habe, die darauf hinauslaufen, den Arbeiterorganisationen anderer Länder die eigenen kommunistischen Methoden anzunehmen und also eine lediglich auf kommunistische Gruppen gestützte Internationale zu schaffen, könne eine Beteiligung an der 3. Internationale für die SAPL nicht in Betracht kommen.

Datum erachtet es die Lettändische Partei als ihre Pflicht, jedes Unternehmen zu unterstützen, das geeignet ist, das Proletariat aus dem jetzigen Zustand der Zerrissenheit herauszuführen und seine Kräfte für den Entscheidungskampf zusammenzuschließen. Ein solcher Versuch wurde von dem sozialdemokratischen Kongress in der zum 22. Februar nach Wien einberufenen Internationalen Konferenz erbracht.

In dieser Stellung zur Frage der 3. Internationale stimmen auch die sozialdemokratischen Parteien Finnlands mit 35 000 Mitgliedern, Estlands mit 3000 Mitgliedern und Litauens mit 3000 Mitgliedern mit der SAPL überein. Mit diesen Parteien haben

unsre lettändischen Genossen wiederholt gemeinsame Konferenzen abgehalten.

Die Gewerkschaften Lettlands zählen 35 000 Mitglieder und befinden sich meistens unter dem Einfluss der Sozialdemokratie. Allein 11 Mitglieder von der aus 15 Beauftragten bestehenden gewerkschaftlichen Zentrale gehören der SAPL an. Das Organ der Gewerkschaften wird von einer sozialdemokratischen Abgeordneten geleitet.

Achmid, ist der Einfluss der SAPL auf die Arbeiter-Konsumgenossenschaften, die insgesamt 25 000 Mitglieder umfassen, sowie die andern kulturellen Arbeiterorganisationen.

Der Kasseler „Rote-Armee“-Prozeß

In der Verhandlung am Donnerstag wurde in der Verhandlung Klinmüller fortgesetzt. Nach Besprechung einiger beschlagnahmter Führerlisten, Bataillonsleitungslisten der verschiedenen Bezirke, gelangt auch eine naunewige Liste von Personen zur Verleugnung, die bei einer Aktion verhaftet werden sollten. U. a. befinden sich auf der Liste die Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, der vorliegende Landgerichtsdirektor und einige Zeugen aus einem Kommunistenprozess, der in der letzten Zeit im Rheinlande verhandelt wurde. Der Angeklagte Klinmüller bestreitet, mit dieser Ausstellung etwas zu tun zu haben. Den Kommunisten kommt es auf die Befreiung des Sozialisten, nicht der Personen an. Dann gelangt ein längeres Schriftstück zur Verleugnung, das Richtlinien des Westfälischen Freiwilligenkorps Lütschlag vom 23. Juni 1919 darstellt, und Gegenmaßnahmen gegen eine drohende zweite Revolution bezeichnet. U. a. wird darin von dem notwendigen Selbstschutz in der Bürgerschaft, sowie von der Ausschaltung von Zeiträumigkeitsformationen gesprochen. Das Schriftstück ist von Hauptmann Lütschlag unterschrieben. Rechtsanwalt Wolff: Aus diesem Dokument ergibt sich also, dass schon im Jahre 1919 von rechts solche Pläne aufgestellt worden sind, obwohl es damals in Deutschland vollkommen ruhig war. Staatsanwalt Dr. Meyer: Im Gegenteil. Damals drohte ja gerade die zweite Revolution. Rechtsanwalt Dr. Wolff: Vielleicht im Kopf des Herrn Staatsanwalts? Vorwender: Aber Herr Verteidiger, damals waren ja gerade hier in Kassel auch diese Blünderungen, bei denen Millionenwerte vernichtet wurden. Das nächste Schriftstück, das verlesen wird, ist ein Befehl der Reichswehrbrigade 31 in Münster vom April 1920. Er enthält Maßnahmen zur Bekämpfung innerer Unruhen und erwähnt u. a., dass falls die Entente für später die Bildung von Zeiträumigkeitsformationen gestalten sollte, dabei diese Richtlinien zur Anwendung kommen sollten. Das Dokument ist unterschrieben: Campe, Generalmajor. Rechtsanwalt Wolff: Ich bitte Herrn Generalmajor Campe als Zeugen dafür zu laden, dass er solche Organisationen noch heute aufrecht erhält. Staatsanwalt Dr. Meyer: Ich bitte den Antrag abzulehnen, da er völlig aus der Lust geprägt und ungern sei. Rechtsanwalt Wolff (sehr erregt): Ich bitte das das Richtlinien, mich gegen solche Angriffe des Herrn Staatsanwalts in Schutz zu nehmen, sonst lege ich meine Verteidigung nieder. Ich habe hier Bände von Material über die Zeiträumigkeits- und Einwohnerwehren. Diese Verbände sind noch nicht aufgelöst und das kann uns nur Generalmajor Campe selbst erzählen. Das, was der Staatsanwalt in diesem Prozess bisher vorgebracht hat, ist Unsinn. Vorwender: Herr Rechtsanwalt, ich habe auch zu Beginn des Prozesses nicht eingegangen, als Sie von der „nationalen Rasse des Staatsanwalts“, sowie davon sprachen, dass ihm sein politisches Leben leichter bald ausgeblieben würde. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn der Staatsanwalt auch mal erregt wird. Ich bitte jetzt aber alles Erreichte zu unterlassen. Wir wollen rein sachlich verhandeln.

Die nächsten Schriftstücke enthalten ebenfalls Befehle der Reichswehrbrigade 31 über die Verwendung der Truppen bei Unruhen. Der Angeklagte Klinmüller gibt an, dass dieses Material in einem Kafee in Düsseldorf gefunden worden sei, während ein bestehender Oberleutnant behauptet, dass dieses Papier nur durch einen schweren Vertrauensbruch in die Hände Klinmüllers gelangt sein könnte.

Der Vorwender verliest darauf folgenden Befehl der M. D. R.: „Durch den zentralen Zusammenschluss aller Organisationen über das Reich und ihre Unterstellung unter die Zentrale Berlin, sieht sich die M. D. R. veranlasst, folgende strenge Maßnahmen zu ergreifen: u. a. heißt es hier: „Zur Erreichung unseres Ziels ist die Anwendung aller Mittel erforderlich. Die strenge disziplinäre Gliederung der Organisation ist notwendig. Unrechte Mitglieder sind durch Handschlag zu verpflichten, der nicht zu lösen ist. Verräte werden nach revolutionären Grundzügen bestraft. Kein Verräte wird seinem Schicksal entgehen, auch wenn es ihm noch so spät erreicht. Den Auordnungen des Führers ist unbedingt Folge zu leisten. Die Leitung Düsseldorf darf die Hauptleitung für das Rheinland dar. Sie untersteht der Zentrale Berlin. Jedes Mitglied ist auf die unbedingte Schweigepflicht über Dienstliche Angelegenheiten hinzuweisen. Weder bei der Arbeit noch auch zu den vertraulisten Freunden darf über den Dienst gejovorben werden. Ganz besonders gilt diese Schweigepflicht auch bei Verhaftungen von Genossen. Alle Waffen sind sofortig aufzubewahren. Abgabe von Waffen ist Verrat. Desgleichen ihre leichtsinnige Aufbewahrung. Kleinere Vergehen werden mit Geldstrafen belegt. Verrat kann nur mit dem Tode bestraft werden“ Klinmüller bezeichnet auch diesen Befehl als „Vielarbeit“.

Rechtsanwalt Dr. Wolff: „Ich bitte die Akten des Reichsgerichts gegen Thomas, Jung und Genossen heranzuziehen, aus denen hervorgeht, dass auf Grund gefälschter Berichte eines Elbersdorfer Spitzelzentrale auch die Pusche von Elbersdorf und Cöthen hervorgerufen worden sind.“

Nach der Mittagspause beantragte Rechtsanwalt Dr. Wolff, den Angeklagten Klinmüller über den bei der Beschlagnahme seiner Partei verdeckten angeblichen Aufmarschplan der Orgel gegen Frankreich zu vernachlässigen. Klinmüller erklärt hierzu, er müsse dann den Aufmarsch der Ressentlichkeit beantragen, da durch seine Auslagen eventuell die Interessen des Reiches geschädigt würden. Er als Kommunist sei genau so ein Feind des Ententeimperialismus wie des deutschen Militarismus. Nach langer Beratung beschließt das Gericht, den Antrag auf Ausschluss der Ressentlichkeit abzulehnen. Würde die Ressentlichkeit ausgeschlossen, so erklärte der Vorwender Dr. Hartmann, so würde das Gericht über angebliches Orgel-Material gegen Frankreich nur neuen Boden gewinnen. Daraus würde dem Menschen Deutschlands der Entente gegenüber ein erheblicher Schaden erwachsen. Das Gericht sei der festen Überzeugung, dass an dem ganzen Gericht überhaupt nichts Wahres sei. Klinmüller schlägt dann den Inhalt des angeblichen „Aufmarschplanes gegen Frankreich“ vor. Das Dokument, so bestandet er, sei mit einem Stempel des Wehrkreiskommandos 2 versehen und handschriftlich abgefasst gewesen. Es datierte vom November 1920. Er habe es von einem Mitglied der Spiegelzentrale Münster erhalten. Das Dokument sei als streng geheim bezeichnet gewesen. Auf der zweiten Seite habe es verschiedene Angaben über eine in Münster stattgefundenen Besprechung des Generals v. Watten mit dem Frontrat Elbersdorf und einer Anzahl von Reichswehrfüsslingen enthalten. Diese Sitzung habe folgenden Beschluss zum Ergebnis gehabt: Die Forderungen der Entente müssten unter keinen Umständen bewilligt werden. Man müsse endlich hart sein und nein sagen. Die Folge wäre natürlich ein neuer Krieg mit Frankreich. Über den Aufmarsch von Reichswehr und Orgel seien dann noch ins einzelne gehende strategische Voraussetzungen in dem Original enthalten gewesen, deren sich Klinmüller nicht genau entziffern kann. Er will nur noch wissen, dass die Corps „Lütschlag“, „Schwarz“ und „Pfeffer“ an der Aktion gegen Frankreich teilnehmen sollten. Man habe in dem Dokument damit gerechnet, dass die Entente im Ernstfall das besetzte Gebiet räumen würde und dann der erste Zusammenstoß in den Vogesen erfolgen würde. — Vorwender: Haben Sie als intelligenter Mensch denn wirklich geglaubt, dass die deutsche Reichswehr in Verbindung mit der Orgel gegen ein gewaltiges

Kaufan Sie

pixin
von Henkel
bestes
Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

U. S. P. D., Gross-Leipzig.

Donnerstag, den 3. März 1921, abends 1/8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Friedensels, Windmühlenweg.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Internationalen Konferenz in Wien.

Referent: Genosse Richard Lipinski.

2. Diskussion. 3. Parteangelegenheiten.

Am Eingang ist das Mitgliedsbuch vorzulegen.

Zahlreichen Besuch erwartet

Dor Hauptvorstand.

Ortsverein Leipzig-Eutritzs.

Mittwoch, den 2. März, abends 1/8 Uhr, im Gosenbachchen

Öffentliche Volksversammlung

Tagesordnung:

1. Der Reichswirtschaftsrat, seine Aufgaben und seine Tätigkeit. Referent: Genosse Heinrich Rieder.

2. Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21, Telefon 3426.
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr. Sonnabends 9-2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Mühlstraße 26, S. II. Tel. 917. geöffnet 8-4. Sonnabends 8-3 Uhr.

Donnerstag, 3. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café Milse

Fortsetzung der Delegierten-Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Neuwahl der Revisionskommission und der Kartelldelegierten.
2. Antrag der Ortsverwaltung: Anstellung eines Agitationsteitors. 3. Ausschluss von leidenden Mitgliedern wegen unsolidarischen Verhaltens. 4. Anträge von Mitgliedern.

Diskussion zu allen Punkten.

Zutritt nur gegen Vorlegung der Delegierten-Ausweiseiste und des Mitgliedsbuches.

Die Ortsverwaltung.

U. S. P. D. Gross-Leipzig

Alt-Leipzig, Westen I. Freitag, den 4. März, abends 1/8 Uhr. Großvater (früher Morgenröte) Hauptmannstr. 7. Tagesordnung: 1. Bericht des Elternrates. 2. Vorschläge

an Eltern. 3. Parteangelegenheiten. Erheben aller wird erwartet. Die Vertrauensleute.

Deutscher Musiker-Verband

Sitzestr. 49, I. Freitag, 19.12.

Mittwoch, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus

Versammlung der Nebenberufsmusiker.

Donnerstag, den 3. März, vorm. 10 Uhr, im Volkshaus

Mitglieder-Voll-Versammlung. Tag-Ordn.

in beiden Versammlungen: Richtlinien zur Tariffrage.

Mitgliedsbücher vorzeigen. Die Ortsverwaltung.

Stenographie

Donnerstag, 3. März, abends 1/8 Uhr, im Unger-

schlösschen, Zweinaundorfer Straße, beginnen wir einen

Anfänger-Kursus im System Stolze-Schrey.

Unterrichtsstunden einschließlich Lehrrmittel 20 Mr.

Arbeiter-Stenographen-Verein Vorwärts.

Große Auswahl gut gepflegter

Weine, Weinbrand-Verschnitt

Kognak, Rum, Kirschwasser, Whisky, Liköre.

Billigste Preise für Händler.

Einzelverkauf — Reichsstraße 33/35.

In meinen Kellereien

Gust. Altkuckatz Rob. Rausch Leipzig

vorm. Gegr. 1885. Weingroßhandlung. Tel. 8005.

Geyers billige Lebensmittel

Schweineschmalz Pf. 11.25

Margarine, Würfel Pf. 10.25

Bruch-Reis Pf. 2.70

Linsen Pf. 3.60

Häferlocken 3.35

Pfefferbockkompott, 100g . . . Pf. 2.80

Kornseife, Doppelriegel Pf. 3.90

Vollheringe Pf. 2.00

Schönefeld, Paul-Heyse-Straße 30

Sellerhausen, Bülowstraße 41.....

Reudnitz, Kapellenstraße 10.....

Kleinzschocher, Wigandstraße 48

Bei 5 Pfund Preiserhöhung.

Billige Anzüge

für die minderbemittelte Bevölkerung.

Anzüge Qualität A, B, C, D werden an Wiederverkäufer und Hausierer nicht abgegeben, sondern nur an persönlich erscheinende Käufer.

Die Stoffe zu den Anzügen Qualität A und C sind vom Reichskleiderleger Leipzig geliefert und zeichnen sich durch große Haltbarkeit aus. Bei Stoffen Qualität B und D, die freihändig ab Fabrik bezogen wurden, ist neben Haltbarkeit auch geschmackvolle Ausgestaltung berücksichtigt. Die Anzüge sind mit guten Friedenszutaten versehen und ganz gefüttert. Sie sind in bester Vorarbeitung in meinem eigenen Berliner Großbetrieb hergestellt. Schnitt, Sitz und Paßform meines Fabrikates sind als mustergültig bekannt.

	A	B	C	D
Herren-Anzug moderne glatte Form	300	320	330	380
Herren-Anzug Sportform, Umschlag-Hose	315	335	345	395
Burschen-Anzug Oberweite 78-80, Sportform, Umschlag-Hose	285	300	315	345
Konfirmanden-Anzug Oberweite 70-80, Sport- und glatte Form	260	270	285	320

Herren-Anzüge Neuheiten Frühjahr 21 450 bis 790.-
Reichs-Anzüge ohne Bezugs-schein... Mk. 180.— und 245.—

Billige Knaben-Anzüge.

Alter	Jahre	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-9	9-10	10-11
E Sport	hoch geschlossen	55	60	65	70	75	80		
F Sport	hoch geschlossen	70	75	80	85	90	95	100	105
G Sport	hoch geschlossen	88	93	98	103	108	113	118	123
H offen Schillerkragen	98	103	108	113	118	123	128	133	
I offen Schillerkragen	115	120	125	130	135	140	145	150	

Neuheiten in Kittel-Anzügen, Schlüpfer- und neuer offener Sportform Alter: 1-12 Jahre 158.- bis 305.-

Friedrich Treumann
Roßplatz 1 LEIPZIG Roßpla z 1

Metallarbeiter

Verband

Gehältsstelle: Volkshaus, Berliner Str. 30, I. Vorsitzender: Hermann Böhl, Tel. 5154. Versammlung: Sonntag, den 2. März 1921, Zusammenkunft im Saale des Restaurants Harmonie, Rathausstr. 9/11.

Streitkräfte prima Qualität empfohlen

Rosa Dosch, Markthalle Galerie 102.

Kognak, Weinbrand 31.52.— Kognak, Berliner 31.44.— Jam, Rum, Berlin 31.50.— Für Halbwerts vom Fabrik zu billigsten Preisen! *

A. Kriegel Nchf. Leipzig-Lindenau Meseburger Straße 70

Sohlenleder billig! N. Flam. Kaiserallee 14. Laden Eng. Böttcherstraße 1*

Hautjucken (Krätze) wissames Spezialmittel. König Salomo - Apoth. Leipziger Str. 10.

Photographisches Atelier Reinicke, Paunsdorf

Täglich geöffnet Montag bis 9-6, Sonntag 11-3 Uhr

Chemische Düngemittel f. Garten u. Feld empfohlen

Günther, Hellmann & Co. 2. Platz, Paunsdorfer Str. 53

Telefon 410553. Verkaufsstelle Orlamünde: Ecke Torgauer u. Volksgartenstr.

Uhrmacher Urban Sozialist für Reparaturen Wickerstraße 26.

Rudolf Demuth im Alter von 18 Jahren. In tiefem Schmerz

Elisabeth verw. Demuth im Namen der Hinterbliebenen. Einäugige Witwe Mittwoch, den 2. März, vorm. 10 Uhr. Blumenstrauß dankend abgelehnt.

Für die uns beim Heimgange unserer lieben Mutter

Frau Anna verw. Nagel erwiesene Teilnahme von nah und fern sagen wir unseren tieftiefen Dank. Ganz besonderen Dank den Angestellten des Johannishospitals.

Die todkranke Hinterbliebenen.

Am Sonntagabend entschließt nach kurzem schwerem Leiden meine liebe Frau, untreue Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Alice Sturm geb. Kurth im 37. Lebensjahr.

Im selbiger Stunde entschließt auch ihr lieber Vater nach langem schwerem Leiden.

Leopold Sturm, geb. am 28. Februar 1921 Lindenstr. 34, II. u. Auenstr. 40, II.

In tiefer Trauer

Reinhold Sturm und Kinder im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Bestattung findet Donnerstag, 3. März, nachm. 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Die Bestattung ihres Vaters findet schon 1/2 Uhr dagebst statt.

Blumenpenden dankend abgelehnt.

Montagmittag 1/1 Uhr entschließt sanft und friedlich nach langer Krankenlager meine liebe Frau, untreue gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Schwägerin,

Frau Henriette Hessel geb. Wünsch L. Vo. Nationalstr. 12, III. den 28. Febr. 1921.

Dies zeigt tiefbetrübt an.

Wilhelm Hessel nebst allen Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Sellerhäuser Friedhofes aus statt.

Am Sonntag, dem 27. Februar, früh 8 Uhr, verschied nach langer Leidenszeit mein lieber Mann, unter allzeit sorgender Vater

Carl Friedrich Otto im Alter von nahezu 81 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt an.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch den 2. März, nachm. 1/2 Uhr, vom Trauerhause Burchardstraße 11, Leipzig-Döbeln.

Heute früh 1/7 Uhr verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber Gatte, unser treuer Vater.

Herr Albin Bruno Wienhold im Alter von 55 Jahren.

L. Sellerhausen, den 2

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. März.

Parteiangelegenheiten.

Deutsch-Gaußh. Heute, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Post.

Ortsverein Paunsdorf U. S. P. Mittwoch, den 2. März, abends 1/2 Uhr, Frauendiskussionsabend im Restaurant Döbertitz, Paulinstraße.

Ortsverein O. Stünz. Mittwoch, den 2. März, abends 1/2 Uhr, wichtige Zusammenkunft aller Funktionäre im Restaurant Marx, Donnerstag, den 3. März, abends 1/2 Uhr, Vorstandsmitglieder im Restaurant zur Krone (Böttcher) kombinierte Sitzung.

Gruppe 11, Metallindustrie, heute abend 7 Uhr: Vollversammlung im Volkshaus, Garten Saal. Nur die rote Ausweiskarte berechtigt zum Eintritt.

Generalversammlungsdelegierte des Transportarbeiterverbandes U. S. P. Mitglieder. Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr, Vorbesprechung zur Generalversammlung im Volkshaus, Gewerkschafts- und Parteibuch sowie Delegiertenkarte legitimiert.

Deutscher Eisenbahnerverband. Alle Funktionäre, die nicht auf dem Boden der III. Internationale stehen, treffen sich Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, im Nichtraucherwinkel I. und II. Klasse, Hauptbahnhof. Mitglieds- und Parteibuch ist beim Eintritt vorzuzeigen. Der Fraktionsvorstand.

Metallarbeiter U. S. P. Funktionäre. Bezirke mit Branchen, Donnerstag, den 3. März, Westen: Zweil Linden, abends 7 Uhr, Osten: Angerlöschköpfchen, abends 7 Uhr, Zentrum: Volkshaus, abends 7 Uhr, Norden: Niedau-Ausstank, abends 1/2 Uhr, Verbands- und Parteiausweis mitbringen.

Der städtische Wohnungsbau in Leipzig.

Der Bau von Wohnungen hat in Leipzig schon während des Krieges und auch nachher fast völlig aufgehört. Trotz des Drängens der Stadtverordneten sind im Jahre 1920 von der Stadt nur die 54 Wohnungen der städtischen Siedlung Rosau neu erbaut worden, außerdem wurde die Heisanstalt Thonberg zu 48 Wohnungen umgebaut, sowie einige Dachwohnungen usw. hergerichtet. Damit war die städtische Bautätigkeit erschöpft. Doch es so nicht weitergehen kann, sieht nun auch der Rat ein, deshalb soll 1921 mehr gebaut werden. Die städtischen Röperschäften haben ja ein umfangreiches Bauprogramm aufgestellt, zu dessen Durchführung der Rat jetzt das Wohnungsbauamt und die Wohnungsträgerstelle zu einer Geschäftsstelle mit der Bezeichnung „Städtischer Wohnungsbau“ vereinigt.

Der „Städtische Wohnungsbau“ ist die Geschäftsausübung des Wohnungsfürsorgeamtes und untersteht dem Dezernenten dieses Amtes. Seine Aufgabe ist der Wohnungsbau in städtischem Eigentum und aus städtischem Vermögen und die Erledigung der übrigen kaufmännisch-technischen Geschäfte der Wohnungsfürsorge. Mit der Führung der Geschäfte sind ein technischer und ein kaufmännischer Leiter beauftragt, die auf Privatdienstvertrag angestellt und gemeinsam verantwortlich sind. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Leitung der Geschäfte entscheidet der Dezernent des Wohnungsfürsorgeamtes, unter Umständen nach Anhörung des gemischten Wohnungsausschusses. Im Rahmen der dem städtischen Wohnungsbau vom Wohnungsfürsorgeamt erteilten Aufträge und der Beschlüsse des gemischten Wohnungsausschusses haben die beiden Leiter Vollmacht mit folgenden Einschränkungen: Antläufe und Aufträge zur Erzeugung von Baustoffen und sonstigen Gegenständen dürfen nur schriftlich und durch gemeinsame Unterschrift erfolgen, es sei denn, daß in einzelnen Fällen oder für einzelne Baustoffgruppen der eine Leiter, ohne damit seine Mitverantwortlichkeit aufzugeben zu können, den anderen Leiter ausdrücklich bevollmächtigt. Bei Bestellungen im Werte von mehr als 10 000 M. bedarf es außerdem der Genehmigung des Dezernenten des Wohnungsfürsorgeamtes. Das Vorstehende gilt auch für Zahlungsanweisungen und für die Übernahme von rechtsverbindlichen Verpflichtungen irgendwelcher Art. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten erfolgt durch die beiden Leiter selbständig auf Privatdienstvertrag; bei der Auswahl dieser Arbeitskräfte ist soweit wie möglich das vorhandene Personal der Stadt zu berücksichtigen. Soweit vorhandene Beamte der Stadt eingesetzt werden, sind die Anstellungsoverträge unter Wahrung der Beamtenrechte abzuschließen. Vor der Einstellung von Angestellten in leitender Stellung haben die Leiter den gemischten Wohnungsausschuss zu hören. Für die Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften, die nur mittelbar produktiv tätig sind (z. B. Buchhalter, Stenoipistinnen) bedarf es der Zustimmung des Dezernenten des Wohnungsfürsorgeamtes. Die Ausführung von Bauten irgendwelcher Art und die Vorratserzeugung von Baustoffen ist in jedem Falle nur mit ausdrücklicher Genehmigung des gemischten Wohnungsausschusses erlaubt. Bei seiner Arbeit soll stets der städtische Wohnungsbau die technisch und wirtschaftlich besten Erfahrungen der Unternehmungen dieser Art zunutzen machen (wissenschaftliche Betriebsführung). Auch soll er den hygienischen, technischen, künstlerischen und kulturellen Fortschritt unter Wahrung zeitgemäßer Sparfamilie im Wohnungsbau erstreben. Die Leiter des städtischen Wohnungsbauamtes sind dafür verantwortlich, daß in allen Teilen des Betriebes, insbesondere auch in der Buchhaltung und im Schriftverkehr Ordnung, Übersichtlichkeit und leichte Kontrollierbarkeit herrschen. Sie müssen dem gemischten Wohnungsausschusse, welcher der Geschäftsstelle gegenüber die Stellung eines Aufsichtsrates einnimmt, oder den Beauftragten des Ausschusses jederzeit Einblick gewähren und Auskunft geben. Sie haben ferner eine die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe auslärende Statistik zu führen. Um Schlüsse jedes Haushaltplanjahres und auch sonst auf Verlangen des Wohnungsausschusses haben die Leiter des städtischen Wohnungsbauamtes einen Tätigkeitsbericht mit Bilanz, Inventur und Statistik vorzulegen.

Der Geschäftsstelle ist die gesamte Bauausführung der städtischen Bauten des Bauprogramms für 1921 übertragen, wobei unter Bauausführung verstanden ist die Regelung der Geländefrage, die Baustoffbeschaffung und die Bauausführung im engeren Sinne. Was die Planbearbeitung anlangt, so werden die Pläne für die Siedlung An der Tabalsmühle und für die Bauten an der Südstraße und an der Bederstraße ausnahmsweise von der Geschäftsstelle selbst bearbeitet, während die Pläne für alle übrigen Bauten des Bauprogramms für 1921 vom Hochbauamt weiter bearbeitet werden. Die ständige künstlerische Überleitung bei allen Bauten der Geschäftsstelle steht dem Dezernenten des Hochbauamtes zu.

Jugend, höre!

50 Millionen M. hat der Reichsminister für die Jugendwohlfahrtspflege bereit gestellt! Mit 50 Millionen M. will man eure Unzufriedenheit jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen bestreiten, glaubt man eure schlechte soziale Lage, eure traurige Jugendzeit zu bessern. Freilich, es ist der Regierung von Stinkes-Graben gar nicht wohl, wenn sie immer trockiger euren Kampftrutz: „Wir fordern mehr“, hört, wenn ihr immer mehr euch in den proletarischen Jugendorganisationen zusammenschließt und wie oft hat doch schon ein solches Zuckerkonbon geholfen. Und während man euch auf der einen Seite 50 Millionen M. geben will, wird auf der anderen Seite schon der hohe Betrag von 40 Millionen M. für die Technische Nothilfe hinausgeschleudert. Die schlechte wirt-

schafliche Lage, in der ihr euch befindet, ist durch weiter nichts als durch das kapitalistische Ausbeutestystem entstanden und die, die euch bei euren gerechten Lohnforderungen in den Rücken fallen, die bei Streiks den Betrieb weiter aufrecht erhalten, erhalten 10 Millionen M., während für euch die geringe Summe von 50 Millionen M. genügen sollen. Das Widerstreitigste aber dabei ist, daß jene 50 und auch 40 Millionen M. ihr erst bezahlt, denn jene, die das meiste Geld besitzen, haben bis jetzt im Verhältnis zu euch, denen wöchentlich 10 Prozent Steuern mit aller Genauigkeit abgezogen werden, fast nichts bezahlt. So stellt sich auch diese angebliche Liebesgabe der Regierung für die Verminderung der Notlage der Jugend als ein großer Schwund dar. Eure Freiheit kann nur durch eine gänzliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, durch Abholzung der Klassen und des Privatgegenstands in Produktionsmitteln geschehen. Da hessen keine Gesetze, keine Reformen, da kann auch ein Jugendwohlfahrtsgesetz, wie es jetzt die Regierung dem Reichstag vorlegen will, nichts rüthen. Eine Regierung, die ausschließlich die Interessen der Bourgeoisie vertreibt, die drauf und dran ist, den Achtstundentag zu befehligen, wie kann sie eure Lage verbessern? Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wie schaut es denn in der Praxis mit der Jugendfürsorge und Jugendwohlfahrtspflege aus? Die Sozialistische Proletarier-Jugend Groß-Leipzig hatte durch die unabhängige sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion einen Antrag stellen lassen, wonach die Schutzzäune die bildende Zwecke freigegeben werden sollen und auch freigegeben worden sind. Auf ein Gesuch an den realitären Rat der Stadt um Überlassung von acht Schulen erhielten wir wohl die Genehmigung, die Räume zu denunzen, gleichzeitig kam aber eine Ausstellung der Mieten mit, die die für eine sozialistische Jugendorganisation kleine Summe von mehr als 17 000 M. machte. Es ist begreiflich, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht gerade jenen Vorwurf leistet, die sie bekämpfen, es gilt

zweite sich auch, als er sich mitten in seiner Rede für eine Versöhnung der Volkschichten begeisterte. Selbstverständlich sprechen die zahlreichen Goethehilfster, die den Saal füllten, solchen Ausführungen lebhafte Beifall.

Die Armenunterstützung.

Es gibt in Leipzig noch Armenpfleger, aus bürgerlichen Kreisen, die den Armen nicht die Hände bewilligen wollen, die das Fürsorgeamt aufgestellt hat. Die Armen müssen deshalb bitterste Not leiden. Wir bringen hiermit nochmals die Höhe zum Abdruck, damit die Ortsarmen, die weniger erhalten, Anträge auf Erhöhung des Armengeldes stellen können. Es beträgt jetzt die Wochenhälfte des Fürsorgeamts für einen Mann über 21 Jahre, der allein lebt	46,50 M.
einen Mann unter 21 Jahren	46,50 "
eine Frau über 21 Jahre, die allein lebt	40,40 "
eine Frau über 21 Jahre, die in einem Haushalte lebt	40,40 "
eine Frau unter 21 Jahren	40,40 "
Ehepaar ohne Kinder	86,90 "
Ehepaar mit 1 Kind über 6 Jahren	117,20 "
" " 1 Kind unter 6 Jahren	107,10 "
" " 2 Kindern (1 über, 1 unter 6 J.)	137,40 "
" " 3 " (2 " 1 " 6 J.)	167,70 "
" " 4 " (2 " 2 " 6 J.)	157,60 "
" " 5 " (3 " 2 " 6 J.)	187,90 "
" " 6 " (3 " 3 " 6 J.)	218,20 "
" " 7 " (4 " 3 " 6 J.)	238,40 "
eine Ehefrau allein	40,40 "
ein Kind bis zum 16. Lebensjahr allein	120,30 "

Hunderte Mark Kirchensteuern

müßt jede Arbeitersfamilie demnächst zahlen, weil sie der Kirche angehört.

Vor dieser Steuer kann sich jede Familie schützen, wenn sie aus der Kirche austritt.

Jeder, der innerlich mit der Kirche gebrochen hat, der an ihre Dogmen nicht mehr glaubt, sollte ihr den Rücken kehren. Ein Schritt zum Standesamt genügt und man braucht in Zukunft

nicht die lästige Kirchensteuer

zu bezahlen!

Wer zum Standesamt geht, nehme genügend Legitimationspapiere, neben dem Wohnungsschein das Familienbuch oder den Tausschein oder die Geburtsurkunde, mit. In den letzten Tagen sind bereits zahlreiche Einwohner Leipzigs aus der Kirche ausgetreten.

Scheidel aus der Kirche und Ihr habt Euch damit von der persönlichen Abgabe an die Kirche befreit!

Gebt nicht für den Klerus Eure leeren Pfennige, denn die Staatsskirche ist weiter nichts mehr als ein Mittel des Klassenstaates zur Beherrschung der beschlissen Klassen!

Heraus aus der Landeskirche!

aber, allen Jugendlichen die Augen zu öffnen, daß das Jugendwohlfahrtsgesetz auch weiter nichts sein kann, als euch für einen Augenblick aufzudenken, um euch dann nur um so besser auszutreten zu können. Und wie jene 50 Millionen M. auch weiter nichts als euren sauerndienten Lohn darstellen, so kann die Fortsetzung des hiesigen Rates weiter nichts bedeuten, als uns zu vernichten. Heute ist es noch durch alte Verordnungen im Sattel, aber die Zeit ist nicht mehr fern, wo auch diese Leute verschwinden müssen. Unser ist die Zukunft und wir werden vorwärts schreiten. Dichter werden unsere Reihen, Arbeiterjugend kommt zu uns. Nur durch Geschlossenheit können wir unsere Lage verbessern. Genossen und Genossinnen, euer Platz ist in der Sozialistischen Proletarier-Jugend.

Die Veranstaltungen der Ortsgruppe Groß-Leipzig der Sozialistischen Proletarier-Jugend stehen jedesmal Sonnabends in der Zeitung.

Freude im Hause der Demokraten.

Herr Dr. Reinhold, sächsischer Staatsminister a. D., ist ein Herr mit einem kindlich naien Gemüte. Seine Partei ließ ihn gestern im Saale der Wirtschaft Kaiser Friedrich in Görlitz in einer Versammlung über die politische Lage reden, und der Herr Minister a. D. bekam es fertig, sich über die schwere Wahlniederlage seiner Partei in Preußen zu freuen! Er führte nämlich aus, die Preußenwahlen hätten eine erfreuliche Verstärkung des Bürgertums zu Ungunsten der Sozialdemokratie gebracht.

In Wirklichkeit haben die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hauptsächlich auf Kosten der Demokraten einige Erfolge erzielen können. Die Demokraten sind zusammengehalten worden. Und das nennt Herr Dr. Reinhold eine erfreuliche Verstärkung des Bürgertums.

Natürlich ließ sich der Herr Minister a. D. auch über die USP aus, und er sagte ihr nach, sie hätte eigentlich ihre Daseinsberechtigung verloren. Der Führer einer bankrotten Partei der Mittelschicht einer Zeitung, die sehr eigenartige Geschäftsführer anwendet, um zu Inseraten und Abonnenten zu kommen, ist ja auch der rechte Mann, über den angeblichen Niedergang einer anderen Partei lachen zu machen. Herr Dr. Reinhold muß doch ein sehr schwach begabter Politiker sein, wenn er sich Hoffnungen auf einen Aufschwung des revolutionären Sozialismus macht. Wie falsch er die heutige Zeit einschätzt

über die sozialistische Bedeutung der Lichtbilder sprach Herr Prof. Frey vor dem Kinoausschuss des Leipziger Lehrer- und Verein und dem Verein zur Hebung der Kinematographie. In Hand von ruhenden Lichtbildern und Filmen zeigte er die verschiedenenartigen Aufgaben beider. Es erhellte daraus, daß beide sehr der Pflege bedürfen und daß besonders der kurze Ein- bis Fünfminutfilm in der Schule eine Bedeutung erlangen dürfte, wenn ihm von der Schulwelt wie von der Industrie die richtige Sorgfalt gewidmet würde. — Im Anschluß daran erläuterte Herr Oberlehrer Lindner an einem Film, der die Gedärdenprache Taubstumme vorsah, wie der Film auch im Sinne der Kinderforschung gebraucht werden könnte. Weitere Veranstaltungen dieser Art werden folgen, die nächste am 11. März ½ Uhr in der 38. Volksschule.

Mahnungen gegen die Wohnungsnöt. Unter Hinweis auf eine Verordnung des Landeswohnungsamtes vom 9. Januar 1921 macht das hiesige Wohnungsamt besonders auf § 16 aufmerksam, aus dem hervorgeht, daß auch der Haushaltler ohne Genehmigung des Wohnungsamtes sein eigenes Haus oder eine darin befindliche Wohnung nicht beziehen darf, wenn er sich nicht der zwangsweisen Räumung oder der nach § 26 dieser Verordnung festgesetzten Strafe — 10 000 M. Geldstrafe oder Haft — ausgesetzt will. Das gleiche gilt nach gleichen Bestimmungen auch für den Mieter.

Falsche Liebesgabenendungen. Von der Schweiz aus werden den deutschen Gärtner und Blumenhändlern Blumenendungen im Gewicht bis zu 20 Kilo als „Liebesgabenendungen“ angeboten; natürlich gegen volle Bezahlung. Es kann, wie uns die Leipziger Handelskammer schreibt, nur dringend davor gewarnt werden, auf ein solches Angebot einzugehen, weil die angeblichen Liebesgabenendungen gar nicht solche sind, sondern reinen Warensleißerleidungen, für die alle gesetzlichen Bestimmungen über Einfuhr, Zölle usw. Geltung haben.

Die Kleintierdiebstähle in Gärten mehren sich. Die Diebstähle in Gärten, wobei die Spitzbuben in der Hauptfache auf die Erlangung von Kaninchen und Füchsen ausgeben, haben in letzter Zeit außerordentlich überhandgenommen. Fast täglich werden eine ganze Anzahl derartiger Diebstähle bei der Kriminalabteilung angezeigt. So sind Dieben allein in den allerletzten Tagen in einem Garten in der Nähe des Friedhofs in Leipzig-Möckern 7 Hühner, darunter 3 Italiener, und 1 Hahn, sowie in einem Garten am Kohlweg in Leipzig-Schönfeld 6 Hühner und 1 Hahn in die Hände gefallen. Kleintierhalter werden hiermit auf die Art Diebstähle besonders aufmerksam gemacht. Zugleich wird gebeten, bei den geringsten Wahrnehmungen die Kriminalabteilung oder die nächste Polizeiwache sofort in Kenntnis zu setzen, damit es gelingt, der Spitzbuben haftbar zu werden. Verdächtige Anbieter von Hühnern und Kaninchen lasse man vorläufig festnehmen.

Elektrabend der 1. Volksschule am Donnerstag, den 3. März, abends ½ Uhr, im Saale der Petrikirche. Thema: „Sexuelle Ausbildung in Schule und Haus.“ Referent Genosse Dr. Popitz.

Der Arbeiterstengraphenverein „Vorwärts“ beginnt Donnerstag, den 3. März, einen Anfangskursus im System Stolze-Schrenk. Die Kosten dieses Kurses betragen einschließlich der Lehrmittel 20 M. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) — Wir werden ersucht, darauf aufmerksam zu machen, daß der Verein Anhänger aller Systeme als Mitglieder aufnimmt und jeden Dienstag, abends ½ Uhr, im Volkshaus (Zimmer 4) seinen Übungstabend abhält.

Sozialistische Proletarier-Jugend Groß-Leipzig. Die angehende Bezirksversammlung (Unterbezirk Südstadt) füllt wegen Veränderung des Referenten am Mittwoch aus. — Der Unterbezirk Norden hält seine Bezirksversammlung am Freitag im „Wirkenschlößchen“ in Wahren ab.

Die Kreisleitung.

Fleischausgabe an Erwerbslose

Der Preis des Schweinesfleisches beträgt 10 M. für das Pfund. Es handelt sich dabei um eine neue Ausgabe, die der Rat der Stadt den Arbeitslosen in Gemeinschaft mit den Kriegsbeschädigten zu diesem Preis überlassen hat. Das in der vergangenen Woche zur Ausgabe gelangte Schweinesfleisch wurde uns um 2 M. für das Pfund billiger als das jetzt zur Ausgabe kommende überlassen.

Der Arbeitslosenrat.

Lebensmittelkalender für Mittwoch, den 2. März.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Nährmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Letzter Tag — abzugeben M 6, N 6, Z 6 der Lebensmittelkarte 8 1/3.

Nährmittel für Schwangere: Letzter Tag —

auch nach den Statistiken des Rats der Stadt Leipzig hinreichend genüge, um einen Gehaltsabbau zu rechtfertigen.

Dass man es außerdem den Mitgliedern verbietet, seine Angestellten selbst bei gutem Geschäftsgang und vergleichbar über dem Mindesttarif zu bezahlen und hierbei auf die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes hinweist, sowie an das Solidaritätsgefühl der Mitgliedschaft appelliert, ist eine Erscheinung, die wohl von der Angestelltenchaft aufs Schärfste verurteilt werden muss, im übrigen aber mit dem Hauptzweck des Verbandes zusammenfällt, d. h. Organisation des Unternehmertums als geschlossene Abwehr gegen die Forderungen der Angestellten und Arbeiter.

Auf Grund von schriftlichen und mündlichen Vorverhandlungen hatte die Tarifkommission der am Angestellentarifvertrag beteiligten Organisationen am Dienstag der vorigen Woche eine Verhandlung mit dem Unternehmertum. Die Reden der Wortführer der Unternehmer waren auf denselben Ton abgestimmt wie das bereits ergangene Rundschreiben und hatten auch innerlich den gleichen Kern und das gleiche Prinzip: Abbau der Gehälter! Charakteristisch waren die Ausführungen des Vertreters des Zwischenbuchhandels, der die Unmöglichkeit weiterer Tarifverhöhungen damit zu begründen versuchte, dass er die gegenwärtigen hohen Löhne wie aber auch den Achtkundentag als Hemmschuh für eine gebedliche Fortentwicklung des Zwischenbuchhandels bezeichnete. Aus seiner Rede klang so recht vertraut die alte Sehnsucht, wieder in die Zeit zurückzukommen, wo der Angestellte in trauter Harmonie mit dem „Brother“ (1) für das „Geschäft“ arbeitete, soweit er nicht durch Schlaf daran verhindert war.

Unter solchen Verhältnissen war an eine Verständigung natürlich nicht zu denken und die Verhandlung schloss mit einer Erklärung der Arbeitgeber, dass man die Forderung der Angestelltenhaft einer erneuten Prüfung unterziehen wolle.

Die im Angestelltenverband des Buchhandels pp. und dem Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten nahmen am vergangenen Donnerstag in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung zu den Vorgängen Stellung und nahmen einstimmig die nachfolgende Resolution an:

„Die heute, den 24. Februar, im großen Saale des Buchhändlerhauses versammelten Angestellten nehmen mit aller Enttäuschung und Empörung davon Kenntnis, dass die Ortsgruppe Leipzig des Arbeitgeberverbandes für den Buchhandel allen Ernstes gewillt ist, wie sie durch ihr Rundschreiben vom 11. 2. an ihre Mitglieder und durch ihre Vertreter in den Tarifverhandlungen zum Ausdruck gebracht hat, einen sofortigen Abbau der Gehälter vornehmen zu wollen. Die Angestellten erblicken in diesem Vorhaben eine Herausforderung und Kampfansage schroffster Art und empfinden es geradezu als eine Verhöhnung, dass der Abbau bei den Buchhandelsangestellten begonnen werden soll, die mit ihren Gehältern bisher weit über 300 M. hinter dem vom Arbeitgeberverband in seinem Rundschreiben vom 11. 2. selbst anerkannten Existenzminimum zurückgeblieben sind; sie legen deshalb entschieden Verwahrung ein:

1. gegen jeden Gehaltsabbau, bevor nicht die gesamte Lebenshaltung unbedingt so weit verbilligt ist, dass sie sich auch bei den notwendigsten Lebensmitteln, die die Angestelltenhaft zur Erhaltung ihrer Arbeitskräfte braucht, bemerkbar macht

Die bisher eingetretene Erhöhung der Fleisch- und Fettpreise kommt für die Angestellten des Buchhandels nicht im geringsten in Betracht, vor allem muss aber auch der Angestelltenhaft die Möglichkeit gegeben werden, sich mit andern Lebensbedürfnissen, vor allem mit genügender menschenwürdiger Wäsche und Kleidung versehen zu können, damit die Bereicherung und Verkürzung der Angestelltenhaft nicht noch weiter um sich greift;

2. gegen die auch jetzt wieder in Erscheinung getretene Verhöhnung der Verhandlungen. Die Angestellten erwarten vielmehr, dass die Arbeitgeberhaft zu Verhandlungen über den Abschluss einer Vereinbarung sofort mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft zusammentritt und den berechtigten Forderungen, die auf ein menschenwürdiges Leben der Angestellten hinzuweisen, Verständnis und Bereitschaft entgegenbringt;

3. gegen die Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes, welche seinen Mitgliedern in den einzelnen Betrieben, wo dieselben die Unzulänglichkeit der Gehälter erkannt haben und gewillt sind, ihren Angestellten durch finanzielle Zuwendungen, deren traurige Lage zu verbessern, unterstellt und damit jede Verbesserung der Angestelltenhaft von vornherein unterbrochen und zunichte gemacht wird. Die Angestelltenhaft erwartet vielmehr, dass der Arbeitgeberverband es seinen Mitgliedern freistellt, in dieser Hinsicht auch nach eigenem Ermessen zu handeln.

Die Versammlung beauftragt ihre Kommission, den Tarif zu kündigen und mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, dass auch für die Buchhandelsangestellten Gehälter erreicht werden, die den amtlichen Unterhaltungsstufen gleich stehen und dass die Tarifverhandlungen sofort aufgenommen und zum Abschluss gebracht werden.“

Angestellte des Buchhandels, haltet euch bereit, stärkt eure Kampfeslust!

Maß und

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Buchhandel.

Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- u. Zeitungsgewerbes.

Phantasie und Wirklichkeit.

In der Beilage der Nr. 46 des Klassenkampfs vom 14. Februar 1921 steht eine Notiz mit der Überschrift: Die Leuna-Arbeiterchaft solidarisch mit den Leipziger Kämpfern. Diese Meldung ist glatt erfunden. Es hat in Leuna zur fraglichen Zeit überhaupt keine Versammlung unter freiem Himmel stattgefunden.

Der wahre Sachverhalt ist folgender: Am Donnerstag, dem 24. Februar, hat eine Vertrauensmänner Versammlung stattgefunden, die aber ganz ungenügend bekanntgemacht wurde. Der Vertrauensmann wußte nichts von ihr. Erst nachträglich wurde ihm mitgeteilt, dass eine Sitzung stattgefunden hat, in der beschlossen wurde, dass an die streikenden Leipziger Arbeiter drei Wochenraten à fünf Mark abgeführt werden müssen. Die 22000 Arbeiter und Arbeiterinnen und die „einflussige anenommene Resolution“ waren nur eine Halluzination des kommunistischen Berichterstatters.

Die Göhndämmerung nahm bei den kommunistischen Arbeitern ihren Anfang, als sie in der Mittagspause vor die vollendete Tafel gestellt und aufgefordert wurden, die erste Rate abzuführen. Da konnte man Nieden hören, wie: „Was bildet sich denn eigentlich der Betriebsrat ein, er bestimmt einfach und wir sollen zahlen. Wir haben doch zu bestimmen und unsere Führer haben zu machen, was wir wollen.“ Ein anderer: „Ich bezahle nichts, hat vielleicht der Betriebsrat über meine Briefstafe zu verzögern?“ Vieles andere: „Wir wollen bezahlen, aber erst, wenn in einer Versammlung darüber abgestimmt worden ist. So etwas kann es nicht geben, uns einfach dictieren zu wollen.“ O heilige Unschuld. Und ihr habt für Mostau bestimmt? Herr vergib ihnen!

Dass die Leipziger Arbeiter nun doch noch ihr Geld bekommen werden, haben sie dem vorsichtigmäßen U. S. P. Mann zu verdanken. Dieser hat eine halbe Stunde lang alle Register ziehen müssen, ehe die Kommunisten sich zur Zahlung bequemten. Als sich die Vertrauensleute anschickten, nach beendeter Mittagspause an die Arbeit zu gehen, stand der Vertrauensmann aus der angrenzenden Baubude an der Tafel — die leere Sammelstube in der Hand haltend — seine Kollegen zeichneten nichts, sie wussten gar nicht, was los sei.

Aber der Klassenkampf weiß, dass 22000 Mann für Sammeln waren.

Streik in den Gründungsstiftungsanstalten.

Die in den Leipziger Gründungsstiftungsanstalten beschäftigten Arbeiter haben am Montag abend beschlossen, wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderung in den Streik zu treten. Der Streik begann heute morgen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Achtung, Handelsarbeiter! (Groß- und Einzelhandel.)

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 21. Februar 1921 ist von beiden Parteien anerkannt. Er ist damit rechtskräftig. Die neuen Lohnsätze haben wir zusammengefasst und in Druck gegeben. Unsere Mitglieder können den Lohnsatz ab Mittwoch im Bureau, Herberstr. 1, II, entgegennehmen. In allen Betrieben sind die neuen Lohnsätze mit Wirkung vom 1. Februar 1921 zu fordern. Wenn sich Differenzen ergeben, berücksichtige man das Bureau.

Deutscher Transportarbeiter-Verband,

Fachgruppe Handelsarbeiter.

Zum Bericht über die Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter teilt uns A. Engelmann mit, dass er die Kollegin Koch nicht bedroht und unterbrochen habe. Er habe nur den Zwischenruf: „alter Quatsch“ gemacht. Die Rüge vom Vorstand habe er früher erhalten.

Die Zeitungsozeiger in Budapest sind wegen Lohnforderungen heute früh in den Ausgangsstadt getreten.

Die Postarbeiter am Bahnhof sind in den Ausland getreten.

Eine Herabsetzung ihrer Löhne um 2 Schilling täglich haben sich in Hinblick auf den bedeutenden Rückgang der Eisen- und Stahlpreise die Bergarbeiter von Cleveland gefallen lassen.



Arbeit
Zeit und Geld
Die kluge Hausfrau
Fisch - Roteletten!
beim Einkauf von
(Bratfische Karbonaden)
Pfund 2.00 Mark.

Ohne jeden Abfall!

Ba. Kieler Fett-Bücklinge
Pfund 3-4 Mark 15-20 Mark
Großer Verstand nach auswärts in Packungen von fünf
Kisten an unter Nachnahme franks Bahnhof Leipzig.

Blutseitige grüne Heringe
5.00 Mark 140 Mark

Max Krake & Edlich, Leipzig-Neustadt
Tauchaer Strasse 50 — Telefon 11989 — Tel.-Adr. Büdowerk.

Uhlen
Ratten, Schmucksachen
Gustav Kaniss
6 Tauchaer Strasse 6.

Brennholz
Trockene Wurzelstücke offenläng. Ztr. 8.— Mk. 10.—
Kiefernholz, offenläng. 12.—
Lagerholzstrasse 2 Paul Hachenberger Telefon 4161.

Leipzig, den 27. Februar 1921
Hierdurch einem sehr geehrten Publikum zur gesell. Mitteilung, dass wir das altbekannte Frankfurter Straße Nr. 11 gelegene Restaurant

Italienischer Garten

täglich erworben haben. Es wird jederzeit unter eifrigstem Bestreben sein, aus Küche und Keller nur das Beste zu bieten, und halten wir uns hierdurch angelegenst empfohlen.

Friedrich Grimm und Frau

ehemals Oberkellner in den „Drei Linden“, Leipzig-Lindenau

Solange Vorrat reicht!
Ein Waggon
prachtvolle frischeste Norweger
Vollfettbücklinge
pro 5-Pfund-Kiste Mk. 13.50
In frischeste Secunda-Sprotten
pro 5-Pfund-Kiste Mk. 12.— verkauft als Kommissionäre
der Firma Wesemann & Block, Geestemünde

Max Krake & Edlich, Leipzig-Neustadt
Tauchaer Strasse 50 — Telefon 11989 — Tel.-Adr. Büdowerk.

Beste Notstandsversorgung!
6000 Mtr. Hemdentuch 950 Mark
prima Qualität . . . jetzt Meter
(sonstiger Fabrikpreis Mtr. 18 Mk.) Aus einem Konkurslager stammend

Damenhemden 25 Mk. **Beinkleider 22 Mk.**

prima Hemdentuch

Ansehen und Ausprobieren meiner Waren kostenlos!

Bitte meine Schaufenster beachten!

O. Döhne (vormals M. Wagner) **Kleinzschocher**, Gießerstr. 86.

Reise-Taschen
aus prima Rindleder und starkem
Segeltuch, eigene solide Fabrikate.
Größte Auswahl — Billigste Preise

Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16
Koffer- und Lederwarenfabrik

STÖTTERITZ!
Neue Kohlenkarton nimmt zur
prompten Lieferung frei Haus und
ab Lager gern an **Kohlenhandlung Hermann Schilling, Leipzig-Stötteritz, Ecke Güntz- und Schönbachstr. Tel. 10653 u. Sommerfelder Str. 36.**

Brennholz
In großen und kleinen Posten frei
Haus sowie waggonweise liefert
Mitteldeutscher Brikett-Vertrieb
Friedrich Köhl, Leipzig-Kleinzschocher,
Dieskaustraße 39. Fernruf 40 874.

Prima Karoliner-Reis
"das Allerfeinstes Pfd. 4.50, 10 Pfd. € 44.00
Prima Voll-Reis
Pfund. € 3.50 . . . 10 Pfund. € 32.50
Siam-Patna-Reis
Pfund. € 3.00 . . . 10 Pfund. € 28.00
Rangoon-Voll-Reis
Pfund. € 2.80 . . . 10 Pfund. € 27.00
Saigon-Reis
Pfund. € 2.60 . . . 10 Pfund. € 25.00
Prima-Bruch-Reis
Pfund. € 2.25 . . . 10 Pfund. € 21.00
Mittel-Graupen Pfd. 2.50
Patent-Hirse Pfd. 3.50 4.00
Haferflocken Pfd. 3.30
Ia Mittel-Linsen Pfd. 5.00
Kleine Zuckerlinsen Pfd. 3.50
Kernseife
In Doppelstücken . . . € 4.00, 4.50

Lebensmittel aller Art
kommen in meinen Geschäften in nur
guten, empfehlenswerten bis zu den aller-
leinsten Qualitäten zu soliden, billigsten
Tagespreisen zum Verkauf.

Albin Reichel
Gerberstraße 13 :: Tel. 1381
Filiale: Delitzsch, Eilenburger Straße 6

Hühner-Futter 1.60 M.
des edlen bayerische, wieder eingetroffen.
Mais la . . . à 1.80 Geflügelkalk à 0.35
Maischrot . . . à 2.00 Knochenschrot à 1.40
Preis bei 10 Pf. im Zentner billiger u. frei Haus.
Fest, Röderstr. 12, Tel. 40 993, Straßenb. 1 u. 8

Infolge günstigen Einkaufs
bieite ich heute an:
Saalspritzwachs In Tarein, prima 14.50
Bohnerwachs weiß und gelb, reine 16.50
Saalstreupulver dr. Kilo 2.50
Kurt Wagner, Barfüßergasse 12, II.

Der Streik.

Eine Erinnerung an den norland-swedemärkischen Krieg.

Von Delorges.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß).

Um ersten Tage des Krieges weigerten sich sämtliche Geistlichen in Schweden und Norwegen, für die Dauer des Blutvergiebens irgendeine Amnestie vorzunehmen.

Die Feldprediger zogen nicht mit den Truppen hinaus, die Utanen verlummierten, der Abendmahlsegen vertrieben wurde in den Kelchen, die Toten wurden ohne Beileid zu Grabe getragen. Die Kirchen konnten in Pferdeställe umgewandelt werden, denn man hatte keine Verwendung mehr für sie.

Nicht etwa, daß die Geistlichen den Frieden propagiert hätten; ungefragt kam kein Wort über ihre Lippen. Nur wenn man vor Gericht in sie drang, erklärten sie, jeder Krieg steht mit dem Evangelium im Widerspruch, und der gegenwärtige Krieg sei vollends ein Unding. Sie würden kein Wort gegen den Krieg sprechen, um der Obrigkeit nicht entgegen zu sein — aber sie wären unbedingt entschlossen, während der ganzen Dauer des Krieges keinen geistlichen Alt vorzunehmen, um auf die Reinheit des Christentums inmitten kriegsführender Völker keinen Makel jagen zu lassen.

Man war mühlos erstaunt und entrüstet. Wer hätte das von den frischem Lebendigen Diensten des Staates, den Geistlichen, erwartet. Das war nichts anderes als Hochverrat. Das war Blasphemie.

Die Regierung ging rücksichtslos gegen die Freiheit vor. Vieles schmähten in den Gefangenissen und brannten mit den Zuchthäusern. Einige wurden erschossen und auf freiem Felde verscharrt. Ihre Familien gerieten, der Mittel beraubt, in das bitterste Elend. Sie wurden als Armierungssoldaten in das Heer eingereiht oder in die vorderste Linie geschickt, wo sie als Helden kämpften und starben. Manche wurden von der wütenden Menge auf der Straße niedergeschlagen.

Aber all das vorhalf den Ländern nicht zu Geistlichen. Sie vertraten bei ihrer Resistenz, Sie streikten mit einer Unermüdlichkeit und Einmütigkeit, die in der Geschichte ohne Beispiel war.

Viele hatten über das Verhalten der Geistlichen gelacht, und allmählich verlor das ganze Volk über das Ereignis hinwegzulachen. Nichts konnte man leichter entdecken als die Prediger. Es war vernünftig von ihnen, endlich abzudanken und dem Staat unnötige Ausgaben zu ersparen. Mit dem lieben Gott würde man schon allein fertig werden. Und außerdem hatte man ja das Vaterland.

In den Kabarets der Hauptstädte erklangen Spottlieder auf die Pfaffen, bei denen sich die Gäste vor Lachen bogen und lachend mischten.

Oft gestanden, man hatte sich um das Christentum in den beiden Ländern vor dem Kriege herzlich wenig gekümmert. Es gab eine christliche Lehre, Gotteshäuser, Ceremonien — gut. Aber dieses lädierte Tun durfte sich nicht in die moderne Weltanschauung hineinmischen. Wie könnten deshalb die Geistlichen denken, mit ihrem Streit Eindruck zu machen? Diese paktale Arroganz war ein lächerlicher Nationalismus. Der Krieg lief weiter, auch ohne die Pastoren.

Za gewiss, er lief weiter.

Die Welt schaute gespannt auf das Beispiel zweier Länder ohne Geistliche. Die europäischen Kollegen fürchteten für ihre Existenz.

Es wird immer rätselhaft bleiben, wie jener seltsame Umweltscheinung zustande kam, der diesem merkwürdigen Krieg zweier Winkelstaaten eine solche Bedeutung für die Menschheitsgeschichte verleiht. Mag man meinetwegen, wie es allgemein geschehen ist, die lange Dauer des Krieges dafür verantwortlich machen.

Ob wirklich, wie man behauptete, alle Bauern stark wurden, weil ihre Körper den Sonntagschlaf in der Kirche nicht entbehren konnten? Jedenfalls ist es wahr, daß Frauen zur Zeit der früheren Gebetsstunde weinend in ihren Lohnstühlen saßen. Natürlich war es kindlich, den ungünstigen Verlauf vieler während des Krieges geschlossener Ehen auf die fehlende kirchliche Trauung zurückzuführen. Die erhöhte Sterblichkeit der Säuglinge vollends stand gewiß in seinem Zusammenhang mit dem Fortfall der Taufe. Lächerlicherweise behaupteten sich hartnäckig törichte Geistliche über umgehende Tote, die nach dem letzten geistlichen Beistand seufzten.

Nachgewiesen jedoch konnte eine über England kommende islamistische Propaganda werden, die den kirchenlosen Zustand der Länder benutzte, um Seelen zu gewinnen und, selbstsam genug, bei den Frauen nicht geringen Anhang fand.

Vor allem aber begann die Sehnsucht nach den früheren Pfarrern an den Herzen zu nagen. Wenn man sich auch nicht viel um sie gekümmert hatte, sie hatten sich nie versagt, wenn man sie brauchte. Jetzt stand man in seiner Not allein.

Der Spott gegen die Pastoren begann in Misteld und dann, unheimlich rasch anwachsend, in Achtung umzuschlagen. Nie hatte man solch unbedugsamen Willen gesehen. Wenn sie nur reden würden, vielleicht könnte man sich mit ihnen verstehen. Warum schwiegen sie denn so hartnäckig? Man war vielleicht doch zu scharf mit ihnen verfahren? Sie dürften doch nicht ausgerottet werden. Einmal würde ja wohl der Friede kommen (wäre er doch schon da!), und dann bedurfte man ihrer.

Wie selbstsam, daß sie im Kriege nicht amtierten wollten. Wie der Krieg wäre mit dem Evangelium nicht vereinbar, und der gegenwärtige Krieg wäre vollends funflos? Es hieß nicht umsonst: Liebt eure Feinde? Das möchte sie ganz richtig sein, aber man war nur doch einmal im Kriege. Man mußte sich doch verteidigen, wenn der Feind einen Nebeln wollte. Ja, wenn der Gegner auf Annexionen verzichten würde; man selbst könnte ja — abgelehnen von kleinen Grenzberichtigungen — aber darüber lieber sich doch reden.

Man behauptet, die Pfarrer hätten viel erreicht, wenn sie in diesem Augenblick das Wort ergreifen hätten. Ein paradoxer Schriftsteller sagt, sie hätten viel verdorben. Jedenfalls schwiegen sie — und stellten.

Auch der Gegner gab vor, auf Annexionen verzichten zu wollen. Abgesehen von kleinen Grenzberichtigungen; aber darüber lieber sich lächelnd noch reden.

Warum kämpfte man denn nun eigentlich noch? Richtig, da war noch die Bündnisaffäre vorhanden. Wie war sie doch gewesen? Sie war so verwirkt, man hatte sie nie recht verstanden! Sollte der Feind nicht endlich sein Unrecht einsehen?

Er lag es nicht ein — und es wurde doch Friede über Nacht. Heil dem erleuchteten Staatsmann, der auf den Gräben kam, die Streitfrage auf sich beruhnen zu lassen und einen Vertrag vorzuschlagen, der beide Völker verpflichtete, Leben zwischen ihnen entstehenden Konflikts auf glücklichem Wege auszutragen und fortan in Freundschaft miteinander zu leben. Man war doch wirklich aufeinander angewiesen!

Der Friede verletzte Regierungen und Völker in eine nachgiebige Laune. Die Geistlichen wurden begnadigt und traten ihre Amtsstühle wieder an. Die Oberhofprediger in Stockholm und Christihausen hielten an dem gleichen Tage unter ungeheurem

Julauf zwei vielbeachtete Predigten, die mit den Worten begannen: „Am Anfang war die Tat.“

Eine Zeitschrift nannte die Pfarrer sehr in Mode. Aber dann verlor ihr Ruhm, und sie gerieten sogar wieder ein wenig in Verachtung. Und mit Recht. Denn schließlich hatten in dem Kriege alle ihre Pflicht getan — mit Ausnahme der Geistlichen.

Der Himmel im März.

Im Laufe des Monats Februar hat sich die Sonne rasch in ihrer scheinbaren Jahresbahn nordwärts bewegt, und am 1. März beträgt ihre südliche Declination nur noch 7½ Grad. Am 21. März, um 5 Uhr vormittags, erreicht sie den Schnittpunkt der Elliptik und des Äquators, den Frühlingspunkt, von dem aus die 360 Längengrade gezählt werden, und der für die Berechnungen der Astronomen am Himmel der Kardinalpunkt ist. Doch auch der Frühlingspunkt ist nicht unveränderlich; denn infolge der Präzession, des allgemeinen Forttrittens der Gestirne parallel zur Elliptik von West nach Ost, verschiebt sich der Frühlingspunkt Jahr für Jahr um etwas mehr als 50 Minuten nördwärts. Daher kommt es, daß der Frühlingspunkt heute im Sternbild der Fische liegt, während die Reihe der Tierkreissterne, die die Astronomen des Altertums vor 2000 Jahren benannt haben, noch mit dem Widder beginnt, in dem damals der Frühlingspunkt lag. Infolgedessen sprechen wir heute immer noch davon, daß die Sonne mit dem Beginn des Frühlings in das Zeichen des Widder eintritt, während sie das Sternbild dieses Namens in Wirklichkeit erst vier Wochen später erreicht.

Vom Tage des Frühlingsanfangs bis zum Schluss des Monats wandert die Sonne noch etwas über 4 Grad nordwärts so daß Ende März die Länge des Tages die der Nacht bereits nicht unerheblich übersteigt. Die Mittagshöhe des Tagesscheitels beträgt zu Ende des Märzmonats in Süddeutschland schon 45, im Norden des Landes 40 Grad, und der senkrechte Winkel, unter dem die Sonnenstrahlen dann mittags die Erde erreichen, erhöht so erheblich deren Intensität, daß sich die wärmeren Jahreszeit mit Macht durchsetzen beginnt. Auch die Zeiten des Sonnenuntergangs verschlieben sich, der raschen Nordwanderung der Sonne entsprechend, im März bedeutend; während im mittleren Norddeutschland zu Beginn des Monats die Sonne kurz vor 7 Uhr früh auf und um 5½ Uhr nachmittags untergeht, erscheint am 31. des Sonnenball bereits um 5½ Uhr morgens, um erst nach 8½ Uhr abends im Westen zu verschwinden.

Hat uns im Februar der Mond insofern der Kürze des Monats nur drei volle Phasen gestaltet gezeigt, so wechselt er sie dafür im März filmal. Ihre Reihe beginnt am 1. mit dem leichten Viertel, worauf der irdische Trabant am 9., dem Tage des Neumonds, im Sonnenlicht verschwindet. Am 17. zeigte er das erste Viertel; am 23. ist Vollmond, und zum zweitenmal im März erreicht der Mond das letzte Viertel am 31. Am 5. März steht er in Erdferne, am 21. in Erdnähe. Der Unterschied der Entfernung zwischen Erdnähe und Erdferne beträgt rund ein Neuntel der Gesamtentfernung zwischen Erde und Mond.

Um Fixsternen himmel lohnt es sich, an mondscheinlosen Abenden nach dem Zodiakallicht Ausschau zu halten. Es stellt nach dem Verschwinden der Abenddämmerung als zarter Lichtegel genau im Westen empor und kann etwa bis in die Gegend des Susters verfolgt werden. Zur Beobachtung des Tierkreislichtes, das sich in seiner ganzen Pracht nur in den Tropen zeigt, wo es etwa die Helligkeit der Milchstraße in ihren hellsten Partien erreicht, ist freilich eine vollkommen klare Atmosphäre erforderlich; außerdem darf der Horizont nicht von künstlichem Licht erhellt sein. In der Nähe von Großstädten hat man daher wenig Aussicht, das Zodiakallicht zu sehen. Wenn man zu einer Wanderung am abendlichen Frühlingshimmel von dem schon erwähnten Sternbild des Susters ausgeht, dessen beide Gruppen der Plejaden und Hyaden, die mit dem zöllischen Hauptstern Aldebaran, leicht aufzufinden sind, so trifft man südöstlich vom Suster die rote und prächtige Konstellation des Orion, dessen einzelne Objekte wie während des Winters schon mehrfach betrachtet haben. Seine beiden hellsten Sterne sind die rote Betelgeuze und der weiße Rigel. Der Große Hund und Sirius, den hellsten aller Fixsterne, stehen jetzt abends nach Einbruch der Dunkelheit schon hoch am Himmel; Sirius bildet in Gemeinschaft mit Betelgeuze und Procyon, dem Hauptstern des Kleinen Hundes, ein zwar sehr ausgedehntes, aber deutlich erkennbares gleichzeitiges Dreieck. In der Tierkreisbahn schließen sich an den Suster nördlich von den erwähnten Konstellationen die Zwillinge mit Kastor und Pollux an, die ihrerseits wieder im Norden zum Aquarien mit seinem Hauptstern Kapella überleiten. Von den Zirkumpolarsternen befindet sich Perseus mit dem veränderlichen Algol im Nordwesten; auch Andromeda geht hier ihrem Untergang entgegen. Das liegende W der Cassiopeja, die bei uns niemals unter den Horizont sinkt, findet man gleichfalls im Nordwesten. Auf der anderen Seite des Himmelsdomes, im Nordosten, steigt der Große Bär empor, mit dem zugleich in der Tierkreisbahn der Löwe mit Regulus seinem höchsten Stand im Süden entgegengeht. Weiter östlich schließt sich an den Löwen die Jungfrau mit der weißen Spica an die aber erst in späterer Nachtstunde eine größere Höhe am Horizont erreicht. Auch der Bootes mit dem gelblichen Arturius und dem Hauptstern des Kleinen Hundes, ein zwar sehr ausgedehntes, aber deutlich erkennbares gleichzeitiges Dreieck. In der Tierkreisbahn schließen sich an den Löwen die Jungfrau mit der weißen Spica an die aber erst in späterer Nachtstunde eine größere Höhe am Horizont erreicht. Auch der Bootes mit dem gelblichen Arturius und dem Hauptstern des Kleinen Hundes, ein zwar sehr ausgedehntes, aber deutlich erkennbares gleichzeitiges Dreieck.

In der Zeit ihres höchsten Glanzes kann man Venus sogar am hellen Tage als Lichtpunktchen am blauen Himmel wahrnehmen. Sofern man ihre Stellung genau kennt. Im Fernrohr übersieht das Nachbarsystem der Erde den irdischen Geschauer durch seine Sichelform; nur ein kleiner Teil der Venusoberfläche ist zur Zeit beleuchtet; der andre Teil liegt im Dunkel, ebenso wie unser Mund kurz nach dem Neumond. Wäre in der Zeit ihrer nächsten Annäherung an die Erde die Venusfläche voll beleuchtet so würde sie uns mit zehnfacher Helligkeit erscheinen und nicht einem Gestirn, sondern einem kleinen Monde gleichen. Im Laufe des Monats nähert Venus sich der Erde noch ganz bedeutend: Ende März ist sie nur noch rund 50 Millionen Kilometer von uns entfernt, und ihr scheinbarer Durchmesser wächst im Laufe des Monats von 30 bis auf 48 Minuten an. Mars ist mehr und mehr hinter Venus zurückgeblieben, da er sich, infolge seiner größeren Entfernung, scheinbar viel langsamer als die sonnenähnliche Venus bewegt; er kann als unscheinbares Gestirn mit einem Durchmesser von nur 4 Minuten abends bis 9 Uhr am Schlusse des Monats gesehen werden. Seine Entfernung von der

Erde wird immer größer; zu Beginn des Sommers verschwindet er überhaupt in den Sonnenstrahlen und bleibt bis Mitte August völlig unsichtbar, worauf er am Morgenhimme wieder auftaucht, um dann allmählich heller und heller zu werden, bis zu seiner nächsten, im Jahre 1922 erfolgenden, für die Beobachtung sehr günstigen Opposition. Jupiter ist züdfäsig im Himmel im Osten auf. Am 5. März kommt er in Opposition zur Sonne und bleibt die ganze Nacht hindurch als strahlendes Gestirn, dessen Helligkeit freilich nur ein Sechstel von der der Venus ausmacht, über dem Horizont. Saturn steht nur wenig weiter östlich als Jupiter; er kommt am 12. März in Opposition, oft aber in diesem Jahre wesentlich lichtschwächer als sonst, da ja seine Ringe, wie schon wiederholt erwähnt, zur Zeit unsichtbar sind und erst in der zweiten Hälfte des Jahres langsam wieder beleuchtet werden. Uranus ist züdfäsig im Wassermann und kann frühmorgens im Südosten mittels eines schwachen Fernrohrs wahrgenommen werden. Neptun, der sich im Krebs befindet, kann während des größten Teiles der Nacht, aber nur mit starken Instrumenten, verfolgt werden.

Kleine Chronik.

Arbeiter-Bildungs-Institut.

Zu dem am Mittwoch im Gewandhaus stattfindenden Sinfoniekonzert möchte ich besonders über die Es-Dur-Sinfonie von Wolfgang Amadeus Mozart (1756–1781) eine kleine Einführung geben. In der Es-Dur-Sinfonie bewegt sich Mozart noch im Stil seines Lehrers Joseph Haydn, doch im Ausdruck der Melodie wie in der frisch-lebendigen Instrumentation geht der Meister seine eigenen Wege. Diese Sinfonie fällt in die Schaffensperiode, wo es ihm noch gut ging (kompon. 1788), darum klingt auch aus ihr der edle Mozartische Frohsinn. Der ersten Satz leitet ein ernstes, schwerliches Adagio (langsam) ein, doch es verfällt nicht lange und schon im Allegro (schnell) kommt ein heftiges Motiv, das viel Reiz besitzt. Auch das zweite energische Thema atmet Kraft, doch Kämpfe und Stürme liegen ihm fern. Im zweiten, Andante-Satz (mäßig), beginnt er mit einem markantlichen Thema und setzt dann im zweiten Abschnitt mit einem leidenschaftlichen, heftigen Thema ein, das erst durch imitierten Einfall der Holzbläser wieder in ruhigere Bahnen lenkt. Das Menuett (Tanz) leitet mit kräftigem Motiv ein und spinnt es weiter bis zum Trio, wo die Klarinette ein idyllisches Motiv singt, das die ersten Geigen weiterführen. Das Finale (Scherzo) leitet sich aus verschiedenen kleinen Motiven zusammen, die fleischig und leicht scherzend sind. Nun tummeln sich alle Instrumente herum und wollen einander an Lustigkeit höher übertragen, und so geht es in überflüssiger Fröhlichkeit bis zum Ende.

Neunzehntes Gewandhauskonzert. Das Programm enthielt unter anderem zwei Werke, die hier zum ersten Male aufgeführt wurden. Von Richard Strauss eine Suite für Orchester aus der Musik zum Bürger als Edelmann und das G-Dur-Klavierskonzert von Julius Weißmann (geb. 1879). Letzteres ist ein Werk modernster Art mit prachtvoller Melodie und moderner Instrumentation, das man eigentlich eine Sinfonie mit obligatorischen Klavier nennen könnte. Jeder Satz wird durch die kontrapunktische PolYPHONIK wie durch den Aufbau vorbereitet. Der erste Allegro-Satz wie das Rondo sind voll Frische und Humor und Herr Otto Weinreich spielt dieses Werk mehr im musikalischen als im virtuosen Geiste, was man freudig begrüßen kann. Dr. Ritsch und unser Gewandhausorchester bekleideten das Werk mit aller Feinheit. Die Suite für Orchester aus der Musik zum Bürger als Edelmann (Molto) von R. Strauss (geb. 1864), die in acht Nummern eingeteilt ist, enthält in jeder einzelnen Nummer eine Perle. Das Werk ist im alten französischen Suite-Stil gehalten, ähnlich dem der Komponisten Nameau und Lully, nur mit noch mehr Pianerie und humoristischer Instrumentation geschrieben. Soloinstrumente, wie: Violine, Klarinette, Trompete, Oboe beteiligen sich dabei und geben dem Ganzen noch mehr Reiz. Die Wiedergabe dieses Werkes war unter Dr. Ritsch einfach famos.

Carl Menger, der Begründer der Grenznutzentheorie, gestorben. Wie aus Wien gemeldet wird, ist dort der Nationalökonom Prof. Dr. Carl Menger im Alter von 81 Jahren gestorben. Carl Menger, der nicht mit seinem schon fröhlich verstorbenen Bruder, dem großen den sozialistischen Ideen nahestehenden Sozialtheoretiker Anton Menger verwechselt werden darf, ist als Begründer der so genannten Grenznutzentheorie berühmt geworden, die, von seiner Schule, der „Österreichischen Schule“, weiter ausgebaut, die herrschende Wertlehre unter den bürgerlichen Nationalökonomen geworden ist. Sie stellt sich in scharfen Gegensatz zur klassischen Wertlehre der englischen Schule und der von ihr ausgehenden Marx'schen Werttheorie, indem sie nicht wie diese von den Produktionsfaktoren bzw. der Arbeitszeit, sondern vom Nutzen ausgeht, den die Güter für die Bedürfnisbefriedigung haben. Ihr Inhalt ist kurz folgender: Fügt man zu einer vorhandenen Güternmenge eine weitere Einheit hinzu, so wird dadurch jede einzelne Gütermenge eine Bedürfnisbefriedigung weniger bringend, der Wert der Einheit sinkt; er wird bestimmt durch den Nutzen, den uns die zuletzt hinzugefügte Einheit noch gewährt, den sogenannten Grenznutzen. Steht mir z. B. an einem Gut (etwa der Luft) ein unbegrenzter Vorrat zur Verfügung, so ist der Grenznutzen gleich Null, daher der Wert jeder Einheit gleich Null usw.

Diese Theorie ist wohl für die Bestimmung des Gebrauchsvermögens, über den sich bekanntlich Marx nicht weiter ausläßt, brauchbar, sie verträgt aber vollkommen, wenn sie sich der Frage gegenüberstellt, wie im gesellschaftlichen Austauschprozeß der Güterwert bestimmt wird: diese volkswirtschaftlich allein in Betracht kommende Frage wird einzlig und allein von der Marx'schen Wertlehre hinreichend beantwortet.

Mitteilung der Städtischen Theater-Intendantur. Im Operettentheater findet Donnerstag, den 3. März, eine nochmalige Aufführung der Rose von Stambul statt, in der Fritz Schawall von der Stuttgarter Operettentheater als Ahmed Bey auf Anstellung gastiert. In der am Freitag, dem 4. d. M., stattfindenden Aufführung von Der ersten Liebe goldene Zeit singt Kurt Wollram erstmals den Grafen Rudolf.

Berichtigung. In der Notiz am Freitag über die Wiederholung des Jubiläumskonzerts des Sängerkörpers Thonberg-Schötterich ist dem Verfasser leider ein Irrtum unterlaufen. Er hat angenommen, daß auch die Kriegsblinden im Verein erwerbstätiger Blinder mit organisiert sind, was selber nicht der Fall ist. Wir wollen deshalb ausdrücklich feststellen, daß es uns ferngelegen ist, damit eine unlautere Reklame für uns zu betreiben, wie selber vom Vorstand der Ortsgruppe erwerbstätiger Krieger angenommen wird.

Alle andern Veröffentlichungen und das Programm beweisen, daß die Veranstaltung für den Verein erwerbstätiger Blinder veranstaltet wurde.

Der Vorstand d. S. Th. St.

Gleichzeitig erhalten wir vom Vorstand des Vereins erwerbstätiger Blinder eine Zulassung, in der er sich beim Sängerkorps Thonberg-Schötterich für die Veranstaltung bedankt.

Reichstag.

Berlin, 28. Februar.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird ein von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrochener Gesetzentwurf betreffs Änderung der Entlassungsmachung über die Geltung von Hypotheken, Grundstücken und Rentenabschlüssen in allen drei Verlungen angenommen. Es folgt die erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über die Entlassung vom 7. August 1920. Der Entwurf verlängert die Entlassungsfrist bis zum 1. Juli 1921. — Dazu liegt ein unabhängiger Antrag vor, der die Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren fordert.

Abg. Goldmann (USPD): Es muss endlich Klarheit gebracht werden, was die bayerische Regierung über die Entlassung der bayrischen Einwohnerwehren der Reichsregierung für Rechtmäßigkeit hält. Das Entlassungsgesetz hätte längst auch in Bayern zur Anwendung kommen können. Gesehen ist aber bisher nichts. Die Regierung drückt allen Provokationen gegenüber den Augen zu. Es ist eine Verschöhnung, wenn man diese Einwohnerwehren als Selbstschutzorganisationen bezeichnet. In Wahrheit sind sie nichts als Instrumente der Gegenrevolution. Das Ringhotel in München ist der Herd aller gegenrevolutionären Bestrebungen in ganz Deutschland. Die Warnungen der Herren Stinnes und Minister Simons vor einem Reichsputsch kennzeichnen die ernste Bedeutung dieser immer unverhüllter auftretenden Bestrebungen. Die Regierung Kahr ist ja nur das ausübende Organ des Ringhotels und würde gar nicht wagen, zur Auflösung der Einwohnerwehren etwas zu unternehmen. Dabei herrscht in Bayern eine solche Ruhe, dass die Einwohnerwehren völlig überflüssig geworden sind. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die bayerische Bauernschaft erkennen schon, zu welchem Unheil diese Organisationen führen werden; der Kollege Eisenberger hat ja schon vor dem herauflaufenden Gesindel gewarnt, dem in Preußen der Boden zu hell geworden sei. Bei alledem wird das Entlassungsgesetz von der bayerischen Regierung mit hässlicher Nachlässigung behandelt; unter Aussicht wahrheitswidriger Behauptungen wird jeder Vorstoß gegen die Einwohnerwehren zurückgewiesen. Die bayerische Regierung hat die Deftlichkeit bewusst tregeführte, als sie erklärte, der größte Teil der in Bayern vorhandenen Waffen sei in den Händen obsoletärer Selbstschutzorganisationen. Zu allem nimmt man nun noch den weiten sozialistischen Mitgliedern die Waffen weg und gibt sie an reaktionäre Elemente. Diese ganzen Vorgänge müssen die Reichsregierung dingen zu erklären, ob sie nur zum Schein die Entlassung vornehmen will, oder ob es ihr Ernst ist damit. Mit den bloßen Verlängerung des Gesetzes ist nichts gelan. Die Entente legt auf die Entlassung den größten Nachdruck. Bei der Entlassung der Einwohnerwehren handelt es sich nicht um die Kapitulation der Regierung Kahr, sondern darum, dass mit der einzigen bayerischen Regierung alle militärischen aldeutschen Elemente kapitulieren müssen. Nicht in den kleinen Schulhäusern und Soldatenspielen, sondern in dem unbewussten In-Dienststellen der Reaktion liegt dabei das gefährliche der Sache. Hier wird der ganze Konfliktschluss innerpolitisch und außenpolitisch aufgehäuft. Nicht im Worte und im Einbruch, womit man das Weiterbestehen der Selbstschutzorganisationen rechtfertigen will, sondern in dem Bestreben der Einwohnerwehren selbst liegt die einzige Gefahr für Bayern. In dem Augenblide, in dem die Delegation nach London abgereist ist, muss deren Arbeit durch sofortige Entlassung der Einwohnerwehren unterstützt und der überflüssige Konfliktschluss beendet werden. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsminister des Innern Dr. Roth: Die Reichsregierung hat die für ein waffenstilles Volk so schwer erträgliche Aufgabe der Entlassung entsprechend den Bedingungen des Friedensvertrages in die Hand genommen und in einem Umsange und mit einer Schnelligkeit gefördert, die bei Erfolg des Entlassungsgesetzes wohl niemand für möglich gehalten hätte. Sie wird auch die schlüssige Durchführung des Gesetzes innerhalb der festgestellten Fristen zu bewerkstelligen wissen. Das gilt auch für Bayern. Die Reichsregierung hält sich — unbedingt welche turbulente Neuordnungen — an die Erklärung der bayerischen Regierung, nach der sie die letzte Entscheidung über die erforderlichen Maßnahmen der Reichsregierung zumeist. Dem Reichstage wird bis zum 15. März ein Gesetz über dem Friedensvertrag widersprechende Organisationen zugehen. Heute, am Vortag der Konferenz von London, will die Reichsregierung eingehende Darlegungen vermelden. Sie erachtet es heute für ihre dringendste Pflicht, die Einheit des Volkes gegenüber den ihm drohenden Gefahren aufrechtzuhalten. (Unruhe und Zwischenrufe bei den Komm. und U. Soz.)

Abg. Vogel (Soz.): Mit Rücksicht auf die eigenartige Entwicklung der Verhältnisse in Bayern würden wir es unverantwortlich finden, wenn wir dem Antrag nicht zustimmen würden. Bei den Entscheidungen der Pariser Konferenz über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen haben wir es mit bindenden Beschlüssen zu tun, über die in London zu reden kaum möglich sein wird. Die Reichsregierung und die Koalitionsparteien einschließlich der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes waren sich durchaus einig, die Entlassungsforderungen loyal durchzuführen. Nebenröhrendweise hat sich dann die Bayerische Volkspartei auf einen Standpunkt gestellt, der dem Standpunkt ihrer Vertreter im Reichstag durchaus entgegensteht. Man erzählt sich, dass die letzte Note der bayerischen Regierung an die Reichsregierung so gehalten sei, dass die Reichsregierung sich schämt, sie zu veröffentlichten. Sie soll aufzutreten, um zu aktivem und passivem Widerstand gegen die Entlassung. Die Überraschtheit der bayerischen Regierung zeigt sich in der Gegenberstellung der folgenden beiden Ausprägungen dieser Praxis der Regierung Kahr. Der Reichsminister Dr. Peters erklärte, er habe in einer Unterredung mit Kahr die Überzeugung gewonnen, dass die bayerische Regierung auf dem Boden der Entlassung stände, und der bayerische Gesandte Dr. Preger erklärte wörtlich im Reichstag, dass sich die bayerische Regierung im Hinblick auf die Pariser Beschlüsse, wenn auch mit großen Bedenken, der Entlassungsforderung entschieden werde. Auf der andern Seite forderte Escherich seine Freunde zum Widerstand auf und zu weiterem Zusammenschluss und sein vertrauter Kanzler empfahl allen Nichtbayern, die Bayern zum Zwecke der Entlassung bestreiten sollten, vorher ihr Testament zu machen. Hierdurch kann man auch den Wert des neuzeitlichen Escherich-Kundschreibens beurteilen, in dem dieser vor einem erneuten Kapp-Putsch warnt. Die Führer der bayerischen Einwohnerwehr haben erst klarlich einstimmig beschlossen, einer befürchteten Entlassung mit allen Mitteln Widerstand zu leisten. Selbst Kreise der bürgerlichen Demokratie wie der famose Dr. Müller-Meiningen stehen auf denselben Boden. Es wird mir außerordentlich schwer, das auszusprechen, aber ich muss doch darauf hinweisen, dass gewisse einflussreiche Kreise in Bayern bei ihrem Widerstand gegen die Reichsregierung im Einverständnis mit der Entente zu handeln scheinen. (Flüstere rechts.) Es ist festgestellt worden, dass der Kanzler den Plan hatte, mit Unterstützung des Kapitänleutnants Escherich den Anschluss Ostpreußens und die Auflösung Bayerns vom Reich unter einer besonderen Monarchie durch einen militärischen Gewaltstreich ins Werk zu bringen. Die Kommunisten und Deutschnationalen liegen in Bayern Hand in Hand. Der bekannte Meyer-Kon wurde von der Einwohnerwehr beschuldigt, Gelder von Frankreich erhalten zu haben. Er verteidigte sich nicht gegen diesen Vorwurf, sondern sagte nur, dass er unkontrollierbare Geldmittel nicht für die Einwohnerwehr, sondern als Vor-

richter der bayerischen Kriegspartei bekommen habe. Bayern wird von der Entente als der schwächste Punkt der deutschen Republik empfunden, und dort liegen alle Bestrebungen ein, die deutsche Einheit zu zerstören. In der Augsburgischen Postzeitung steht das Zentrum endlich auch von diesen Bestrebungen ab und fragt befragt an, ob denn die Regierung der Einwohnerwehr unter allen Umständen sicher sei. Überhaupt hieße es in Wahrheit die Leiter der militärischen Schinoorganisationen Herren der Situation. Es wird behauptet, dass die bayerische Regierung die Einwohnerwehren aus Furcht vor einem Reichsputsch verschlossen habe. Die Mitglieder der Organisationen der "Landesfahne" sind verpflichtet, unter keinen Umständen Waffen abzuliefern; im Fall der Zuwiderhandlung verfallen sie der Strafe. Demgegenüber lädt der Staatskommissar Garis die Einwohnerwehr in Friedhof auslösen, weil sie angeblich nur aus Sozialisten besteht. Bei der ungeheuren Gefahr infolge dieser Zustände muss die Reichsregierung schleunigst eingreifen, denn von der bayerischen Regierung ist überhaupt nichts zu erwarten. Wir Sozialdemokraten aber wollen das deutsche Volk nicht an dieser Abenteuerpolitik zugrunde gehen lassen, und stimmen dem Gesetz nur in der Erwartung zu, dass der Reichsminister endlich eingreift und von seinen Befugnissen Gebrauch macht.

Abg. v. Gräfe (Dnat.): Wir halten diese Debatte in diesem Augenblick für schädlich und überflüssig. Auch wir hätten eine Menge Klagen vorzubringen, verschlieben es aber in der Absicht, um in dieser schwierigen Situation der Regierung keine Schwierigkeiten zu machen. Ohne Rücksicht auf die außenpolitische Wirkung hat die sozialdemokratische Partei es nicht unterslassen können, sich mit dem Daunenschmuck der Reiterinnen des Kapitals zu schmücken. Die Weigerung unserer Brüder, sich nach den Erfahrungen der Mütterregierung wehlos zu machen, halten wir für vollaus berechtigt.

Abg. Dr. Levi (Kom.): Die Regierung hätte in den sieben Monaten längst die Entlassung durchführen können. Ihr ganzes Verfahren war ein Sohn auf die Versprechungen bei dem Erfolg des Gesetzes. Die ganze Aktion ist einseitig gegen die Arbeiterschaft durchgeführt worden. In der Art und Weise, wie die Regierung mit dem Entlassungsgesetz dem Friedensvertrag nachkommen will, liegt eine Unsumme schlechten Glaubens und bösen Willens. Weil wir kein Vertrauen zu der Regierung haben, schenken wir das Gesetz ab, das nur eine Waffe gegen links ist.

Abg. Bellingshausen (D. Bp.) gibt, namens der Regierungsparteien folgende Erklärung ab: Da die gesetzlichen Bestimmungen über die Entlassung im allgemeinen zu Beanstandungen keine Veranlassung gegeben haben und die Entlassungsaktion auf Grund der erlaubten Bestimmungen Ergebnisse gezeigt hat, die weit über die Schätzung hinaus gehen, wird die Anerkennung des Gesetzes gemäß der Erklärung, wie sie die Unabhängigen verlangen, als überflüssig, ja überflüssig gehalten. Sie könnte lediglich dazu führen, unnötige Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen und die im Gang befindliche Durchführung der Beschlüsse von Spa fördern. (Justizium rechts.) Wir werden daher die unabhängigen Entschließungen ablehnen, zumal die Regierung, die wohl auf diesem schwierigen Gebiet die Verhältnisse am besten übersehen kann, die Verlängerung des Gesetzes nicht mehr für erforderlich erachtet. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Helm (Bav. Bp.): Der Notenwechsel zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung ist nicht aus Wunsch der bayerischen Regierung geheim gehalten worden. Es ist auch nicht wahr, dass die bayerische Regierung sich in der Geschäftshandlung Eherichs und der militärischen Organisation befindet. Es ist mir eine Ehrenpflicht, für Escherich, den ich seit Jahren als einen echten bayerischen Ehrenmann halte, solches abzulehnen. (Lebhafte Beifall rechts.) Der Streit über die Selbstschutzorganisationen ist nur ein Tumultschlag für allerlei Entwicklungen. Die Mitteilungen Eschers über die Mörderzentrale in Bayern und alle ähnlichen Meldungen der äußersten Linken haben sich als reine Erfindung erwiesen. Ebenso ist kein wahres Wort an den Unterredungen des Kapitänleutnants Escherich mit Stinnes und dem Justizminister Roth, von denen die Presse in den letzten Tagen berichtete. Beide Herren kennen Escherich gar nicht. Die Rote Fahne veröffentlichte Anfang Januar ein durchaus erfundenes Protokoll einer Gesprächsleitung in Nürnberg. (Zuruf: Die ganze Orgel ist wohl erfunden!) Kapitänleutnant Escherich ist durch das Amnestiegesetz freigesetzt geworden und kann daher nicht verhaftet werden. Er ist ja auch nicht in Preußen von dem sozialistischen Polizeiminister verhaftet worden. Entgegen falschen Nachrichten weiß ich positiv, dass zwischen Escherich und Lubendorff keine Verbindung besteht und ich weiß, dass letzterer sich ganz zurückhält. Nach meiner Überzeugung darf das Prinzip des Redaktionsgeheimnisses nicht dazu dienen, Nachrichtenschiebern aus allen Lagern Schutz zu gewähren. Die Einwohnerwehren sind ein Kind der sozialistischen Regierung. Als der Redner eine Rote Ehrengabe des kommunistischen Landtagsabgeordneten Eschenberger zitiert, die zu Gewalttätigkeiten auffordert, wird ihm unter großer Unruhe klatsch zu: "Spießbericht". Der Abg. Moltzahn (Kom.) rief: Sie sind der oberste Schieber, welchen Auszug der Präsident erfüllt. Dr. Helm fortsetzt: Was den drohenden Putsch betrifft, so sind gewiss Illusionen da, doch wir sind auf der Wacht. Diese Illusionisten haben weder mit den Einwohnerwehren noch mit dem Münchner Polizeipräsidium etwas zu tun. Wir werden in Bayern die rechte Politik weitertreiben und die Extremen von links sowie von rechts bekämpfen. Noch nie so weniger Veranlassung vor, in Europa Revanchepolitik zu treiben; sondern Gemeinschaftspolitik aller Völker ist das Erfordernis der Zeit. Wir wünschen, dass unser Volk nicht in sich belämmende Klassen zerfällt, sondern dass das Volk, das gemeinsam gelitten hat, auch gemeinsam seine Not bekämpft.

Abg. Grubis (Soz.): Das Einverständnis zwischen bayerischer Regierung und Reichsregierung, das seinerzeit bei Kahr erreicht zu sein schien, ist wieder gefüllt. Kahr erklärt jetzt, dass ein tatsächliches Einverständnis nie bestanden hat und dass er nicht gewollt ist, sich in der Entlassungsfrage der Reichsregierung zu führen. Die bayerische Politik ist zweideutig und hinterhältig. Die bayerische Regierung allein trägt die Schuld, wenn die Reichseinheit gefährdet wird. Es ist doch merkwürdig, dass gerade heute die bayerische Regierung nicht vertreten ist: Scheinbar, weil der bayerische Gesandte von Pege der bayerischen Volkspartei nicht mehr genehm ist, da er durch seine Vergangenheit "belastet" wird. Zu seiner Vertretung hat dann der wirkliche Regent von Bayern, Dr. Helm, zu erklären gesucht, was die bayerische Einwohnerwehr für ein unbeschuldbares Kindlein ist. Wir leugnen die Beteiligung zu ihm nicht ab, aber aus diesem unschuldigen Kind ist durch falsche Erziehung ein verächtliches Instrument der Reaktion geworden, so verächtlich, wie Dr. Helm es selbst ist, wenn er hier die bayerische Regierung zu verteidigen sucht. Es ist, dass die Bewegung über die Köpfe der Escherich und Freunde hinweggeht, er hat ja genaue Kenntnis über die bayerische Politik als vor, und er könnte uns interessante Dinge erzählen über die Verbindung mit General Douhet durch den Grafen Bothmer. Die bayerische Einwohnerwehr von heute ist nicht mehr eine Schutzeinheit der Reaktion. Dr. Helm ist nur verfasst, auf Zeit. Auf einen Zuruf des Abg. Dr. Strathmann sagt der Redner: Ich wundere mich, dass der Abgeordnete Strathmann, dieser Lügner und Verleumder, in dieser Versammlung ernster Männer überhaupt das Wort zu nehmen wagt. (Blzepräsident Dr. Bell rief den Redner zur Ordnung.) Ich erkenne die Berechtigung des Ordnungsrates an, diese Worte müssten aber gesagt werden. Die Politik Dr. Helms in Bayern und im Reich hat stets Verwirrung gebracht. Dieser Politik muss entgegengesetzt werden

im Interesse der Republik, von der wir wünschen, dass sie wächst, blüht und gedeiht.

Abg. Strathmann verteidigt sich in längeren, persönlichen Ausführungen gegen den Vorwurf der Unwähligkeit und Verschwendigkeit. (Zuruf von Adolf Hoffmann: Aber Mann! Sie wollen sich ja rausrufen!) Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abg. Braun und Dr. Strathmann tritt das Haus sofort in die zweite Sitzung ein.

Abg. Dr. Rosenthal (U. Soz.) begründet einen Antrag seiner Partei, der die Streichung von § 1 Absatz 2 des Gesetzes verlangt. Herner beantwortet er einen neuen Paragraphen einzufügen, wonach die Pflicht zur Abgabe der Waffen auch für einzelfindende Gesellschaften und Gemeinden gilt. — Ein Antrag Trimborn (Centr.) will dem Verlängerungsgesetz die rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1921.

Reichskommissar für die Entlassung Dr. Peters: Wir sind am Schluss der Entlassungsaktion angelangt, jetzt kommt noch das Einsammeln der Waffen. Also liegt keine Veranlassung vor, von § 1 des Entlassungsgesetzes die Hälfte zu streichen. Die Hälfte der Waffen ist bereits eingezogen. Auch bei den einzelnen Schichten und Gemeinden ist eine Verteilung überflüssig.

Abg. Dr. Rosenthal (U. Soz.): Die Erklärung des Entlassungskommissars ist völlig ungern. (Zuruf rechts: Alles Gute!) Sie wird auch dem deutschen Volke nicht genügen. (Zuruf rechts.) Allerdings ist die Hälfte der Waffen eingeschlossen, nämlich die der Arbeiterschaft; die andre Hälfte hat man der Oberschicht gelassen.

Die unabhängigen Parteien werden gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgestimmt, der Zentrum antrag da gegen angenommen.

In der sofort vorgenommenen dritten Sitzung wird das Gesetz gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Finanzministerium.

Die zweite Sitzung des Staatshaushalts wird darauf beim Finanzministerium fortgesetzt. — Dazu liegt eine sozialdemokratische Entschließung vor, die Regierung möge auf Privatdienservertrag geschäftliche Angestellte bei Reichsbehörden nicht zu dem Zweck einstellen, um sie zu erischen. Ferner wird die Verteilung erlaubt, um Arbeitsmangel in einer Reihenfolge vorzunehmen, wie es durch die Verordnungen über Einstellung und Entlassung und über Freiamtung von Arbeitsstellen vorgesehen ist.

Abg. Dr. Herz (U. Soz.) erstattet den Auskunftsbericht und erläutert eingehend die Verhandlungen des Auskunfts über die angeblichen Steuerangelegenheiten der Abgeordneten Erzberger und von der Rechthoff.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Man hat mich ersucht, noch einige Angaben über die Angelegenheit des Barthauses Gruber, Philippoßloch u. Co. zu machen. Durch rechtsschädige Strafgeschäfte sind bisher zehn Fälle erledigt und im Ganzen 595 710 M. Strafe wegen Kapitalflucht verhängt. Die Summe des einzuhaltenden Kapitals beträgt 2,5 Millionen Mark. Es schwanken noch einige weitere Verfahren wegen Steuerhinterziehung. In dem Falle Kaufmann — Benno Spiro aus Hamburg beträgt nach vorläufigen Schätzungen die hinterzogene Summe 6 Millionen Mark. Nach Mitteilung des Generalstaatsanwalts beim Landgericht I Berlin sind die Verfahren gegen die beteiligten Mitglieder des Hauses Hohenholz noch nicht abgeschlossen. (Hört, hört)

Das Haus verzerrt sich auf Dienstag 1 Uhr: Anfragen, Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes über Feststellung des Haushaltplanes für 1920. Sitzung 6½ Uhr.

Internationale sozialistische Konferenz.

Wien, 25. Februar.

4. Verhandlungstag.

Die Debatte über das Referat Friedrich Adlers wird fortgesetzt.

Pistiner (Rumänien): In Rumänien sind wir uns darüber klar, dass eine Zeit kommen kann, in der der Bolschewismus möglich ist. Es kommt nur darauf an, ob der Bolschewismus zweimalig ist. In Rumänien hat die bolschewistische Politik den Kampf des Proletariats sehr schwer geschafft. Darüber muss man sich allerdings klar sein, dass die reformistische Politik nicht weiter fortgeführt werden darf. Die neu zu schaffende Internationale wird sich darin von der zweiten unterscheiden, dass nur revolutionäre Methoden durch sie zur Anwendung kommen. Aber die revolutionären Methoden bedeuten nicht Bolschewismus.

Dickmann (Deutschland): Der Schwerpunkt unserer Aufgabe liegt darin, einen internationalen Zusammenschluss zu ermöglichen, um die sozialistische Internationale zur höchsten Aktivität zu bringen. Der Krieg hat gewaltige Verschiebungen in politischen wie in wirtschaftlichen Machtwältnissen zur Folge gehabt, neue Staaten entstanden, andere zerstört. Das Kräfteverhältnis hat sich vollständig verschoben. Es ist falsch zu sagen, unsere Hilfe kommt vom Osten. Wollen wir den Kapitalismus international besiegen, so brauchen wir dazu das Proletariat aus dem Westen ebenso wie aus dem Osten. Wir durchleben eine dreifache Krise, eine politische Krise, daneben eine internationale wirtschaftliche Krise, und hierzu kommt noch die Krise innerhalb der Arbeiterschaft. Die politische, wie die wirtschaftliche Krise zeigen uns, dass ein kapitalistischer "Völkerbund" seine eindrückliche Zustände wieder bringen kann. Neue Verwicklungen drohen. Eine Gesundung der Wirtschaft kann nur durch den Sozialismus herbeigeführt werden. Dazu ist der internationale Kampf des Proletariats notwendig. Über ein Lippenbekenntnis zu internationaler Kampfvereinigung nützt uns nichts, wir müssen den festen Willen zur Tat haben. Die Verwirklichung des Sozialismus steht heute im Vorbergrunde der Tagesordnung. In der Erreichung der politischen Macht ist noch nicht die Verwirklichung des Sozialismus gegeben. Der Erreichung der politischen Macht muss die Erreichung der wirtschaftlichen Macht folgen. Zur Durchführung des Sozialismus brauchen wir nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die gewerkschaftlichen Organisationen. Es ist unrichtig anzunehmen, dass sich nur in den politischen Parteien der Proletariats die Erkenntnis von der Notwendigkeit der sozialistischen Missionen durchsetzen muss. Auch in den Gewerkschaften erweist sich diese Erkenntnis als immer siegreicher. Das gilt sogar für die Gewerkschaftsinternationale, wie die Beschlüsse von Kopenhagen zur Genüge darlin, und in London haben wir in unseren Beschlüssen die Gewerkschaftsinternationale auf den Kampf, den Sozialismus festgelegt. Die Anwürfe, die die Amsterdamer Internationale als "gefährlich" bezeichneten, treffen uns nicht. Wir gehen unser Weg. Nicht mit Schmälerungen und Angriffen können wir das Proletariat als Mittäpfer gewinnen. Unser Ziel ist und bleibt der Zusammenschluss des Proletariats zum Kampf für den revolutionären Sozialismus. (Lebhafte Beifall.)

Kalinin (Sowjetland): Das lettische Proletariat ist immer in der russischen Sozialdemokratie die Avantgarde gewesen. Wenn wir uns entschlossen haben, nach Luzern, Genf und Wien zu gehen anstatt nach Moskau, so deshalb, weil es uns klar war, dass hier in Wien die ersten Schritte unternommen werden müssen, uns die Mittel zur Führung des internationalen Kampfes in die Hand zu geben, die uns weiter von Moskau gegeben noch von der zweiten Internationale ausgeübt werden sind. Wir haben mit den Bolschewiken eine Zeitspanne zusammengearbeitet in den Arbeiterräten. Wir sehen in den Arbeiterräten eines der besten Mittel aber nicht das alleine sinnmachende. Wir fordern, dass alle möglichen Mittel angewandt werden müssen. Welche Mittel das

sein können, ergibt sich aus den jeweiligen Verhältnissen eines jeden Landes. Wir haben seinerzeit in der Nationalitätenfrage sehr viel von den Österreichern gehört, und stehen jetzt auch in der Frage der Arbeiterräte auf dem Boden der österreichischen Auffassung, die Arbeiterräte als Arbeiterschaft neben dem allgemeinen Parlament zu konstituieren. Solange die russischen Genossen ihre bisher eingehaltenen Methoden weiter praktizieren die wir bei uns im eigenen Lande zu spüren bekommen haben, können wir nicht sagen: "Hände weg von Rußland", sondern wir müssen alles tun, um die russischen Genossen zu gewinnen verhindern, damit sie sich zurückfinden auf den Boden des internationalen Kampfes, der auch Erfolg verheißt. Die bolschewistischen Methoden werden vielleicht schon bald eines natürlichen Todes sterben und wenn wir den revolutionären Kampf führen, wie wir es in allen unseren Aussprüchen betont haben, dann werden wir den Bolschewisten die jeden Kampf schädigenden Waffen aus der Hand nehmen.

Friedrich Adler - Wien (Schlußwort): Die Kommission hat in drei Sitzungen festgestellt, daß die Thesen die dem Kongreß vorgelegten haben, das enthalten, was sie enthalten müssen. Die vorgenommenen Änderungen sind nur stilistischer Natur. An zwei Punkten wurde eine überaus starke ausführliche Kritik geübt. Die eine Differenz bestand mit den englischen Genossen, die mit dem ganzen Ausbau der Thesen nicht einverstanden sind. Sie sind der Ansicht, daß sich in ihrem Lande die Bourgeoisie nicht abdrängen lassen wird von dem Boden der Demokratie. Das war in anderen Ländern als Gefahr für sie auch anerkannt wird, daß die Bourgeoisie zur Gewalt greifen werde, treffe für England nicht zu. In der entscheidenden Phase des Klassenkampfes werde die Bourgeoisie in England sich führen. Wie könnten sie nicht da, von überzeugen, daß die Erfahrungen ähnlich der Kämpfe in Irland doch etwas anderes erkennen lassen. Der Genosse Schreiber (Rußland) forderte, das Sovjetstaat als das einzige Kampfesinstrument zur Herbeiführung des Sozialismus in den Theilen zu bezeichnen. Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Entscheidung über diese Frage noch nicht gefällt werden kann. Es seien auch andere Methoden des Diktats des Proletariats in den verschiedenen Ländern möglich. Bei der Verschiedenheit der politischen und wirtschaftlichen Konstellation der Länder sei es deshalb nicht angängig, sich in den Theilen unter allen Umständen auf ein System festzulegen. Weiter wurde in den Rätschlägen klar zum Ausdruck gebracht, daß zwar jeder Beschluss der Internationale, weil er die Glieder bindet, eine Einschränkung der Autonomie bedeute, daß aber diese Einschränkung der Autonomie eine selbstgewollte sei. Hierin kommt zum Ausdruck, was uns scheidet von der zweiten sowie von der dritten Internationale. Uebrigens hat die Politik der 3. Internationale wieder eine neue Frucht gezaubert. Es sind nämlich die geistigen Führer für Deutschland, Dr. Levy, Clara Zetkin, Däumig und Adolf Hohmann aus der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei ausgetreten. (Große Heiterkeit.) Die Zeitung dieser Partei steht nunmehr in den Händen Stoeders, den wir auch hier in Wien kennengelernt haben. (Erneute große Heiterkeit.) Die Kommission schlägt der Konferenz die folgende Resolution zu dem Punkte Methoden und Organisation des Klassenkampfes vor:

Die Internationale Sozialistische Konferenz zu Wien ruft alle Arbeiter zur Einigkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und in der Internationale auf. Sie ist entschlossen, auf der Grundlage der von ihr gefassten Beschlüsse und Resolutionen mit allem Nachdruck für die Verwirklichung dieser Einigkeit zu arbeiten. Sie fordert die Sozialisten aller Länder auf, ihre Bemühungen zu unterstützen, indem sie sich in tatsächlichster Weise um die Herstellung einer revolutionären proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und Imperialismus sowohl in ihrem eigenen Lande als auch im Schoße der internationalen proletarischen Klassenorganisation bemühen.

Diese Resolution ist getragen von der Auffassung, daß nur

die Einheit und der entschlossene Wille des Proletariats zu energetischem internationalem Kampfe das Proletariat zum Siege führt.

Adler teilt unter großer Heiterkeit mit, daß die Rote Fahne in Berlin behauptet, schon vor Beginn dieser Konferenz sei mit Vertretern der 2. Internationale verhandelt und außerdem die Polizei erachtet worden, die Konferenzteilnehmer vor einer Demonstration der Kommunisten zu schützen. Trotscha (Rußland) sei zwar anwesend, aber als Vertreter des Het Volk, also in einer nicht wesentlich andern Eigenschaft als das Mitglied der russischen Regierung Bronsky-Worobjewsky. Weder mit dem einen noch mit dem andern sei verhandelt worden. Es liegt auch gar nicht im Wege der Konferenz, mit Vertretern der beiden "Internationales" zu verhandeln. Zu den Märchen von dem Etappen um polizeilichen Schutz wolle er nur bemerken, daß die Wiener Arbeiter einen solchen Schutz nicht nötig hätten, da sie selbst stark genug seien, sich zu schützen. (Brausender Beifall.)

Sklarz aber errichtete eine Privatmarktenterei und beschäftigte als Geschäftsführer Major v. Frankenbergs, als Buchhalter einen Herrn Rauch. Angestellte waren: Ernst Sonnenfeld und zeitweise Henck, der Schwiegerohn von Scheldemann.

Alsdann wird zur Vernehmung des Angeklagten Frankenberger geladen. Er gibt an, Sklarz schon von seiner Tätigkeit im Generalstab zu kennen. Er habe die Tätigkeit bei Sklarz angenommen, da er auf eine Stellung angewiesen gewesen sei. v. Frankenbergs hatte von Sklarz alle Vollmachten. v. Frankenbergs gibt an, daß andre Räumlichkeiten für ein Bureau nicht ausgetrieben werden konnten und das Bureau von Sonnenfeld-Vater in der Kommandantenstraße in Miete genommen wurde. Der Frage des Vorsitzenden, ob er für den Abschluß des Mietvertrags sich Provision habe zahlen lassen, weicht er aus, gibt aber zu, bei den Geschäften mit der Firma Heymann eine Sonderprovision von 2000 M. angenommen zu haben. Nach der Anklage soll Ernst Sonnenfeld den Angeklagten v. Frankenbergs, daß er gewonnen haben, für sich selbst bei jeder Rechnung noch einen Aufschlag von 10-15 Prozent zu dem von Sklarz angeordneten 15 Prozent Aufschlag von der Intendantur zu nehmen. Diese Überpreise ließ sich Ernst Sonnenfeld auf eine Bank anweisen. Im ganzen soll er sich auf diese Weise eine Einnahme von 170 882 M. verschafft haben.

Als dann kommt ein Sondergeschäft zur Sprache, das Sonnenfeld und Frankenbergs mit der Firma Ernst Heymann u. Co. hinter dem Rücken von Sklarz abgeschlossen haben. Gegenstand des Geschäfts war ein Waggon Butler. Gleich nach Abschluß dieses Geschäfts erhielten v. Frankenbergs, Sonnenfeld und Henck eine Gratifikation von je 2000 M. Ernst Sonnenfeld selbst soll nach der Anklage 237 048 M. für sich behalten haben. Angeklagter v. Frankenbergs bestreitet, Überpreise genommen zu haben. Aus den Akten wird festgestellt, daß Sonnenfeld von der Marktenterei die Erlaubnis hatte, Spez und Getreide an Reichsbehörden weiter zu verkaufen, daß er aber auch an Privatleuten Waren weiter verkauft hat, weswegen ein Schleichhandelsverfahren gegen ihn eingeleitet worden ist.

Rechtsanwalt Kühl verlangt Ausklärung, wie Hauptmann v. Frankenbergs von Sklarz als Verwaltungsmächtiger eingesetzt wurde, da Frankenbergs doch nach seiner eigenen Angabe keinerlei finanzielle Ausbildung besaß. v. Frankenbergs erklärt, hauptsächlich die Verhandlung mit Reichsbehörden bezüglich der Ein- und Ausfuhr betrieben zu haben, wobei, wie der Vorsitzende richtig bemerkte, der Rang als Hauptmann bzw. Major und nicht zuletzt der Name v. Frankenbergs keine ganz unbedeutende Rolle gespielt haben.

Rechtsanwalt Puppe behauptet, daß v. Frankenbergs 30 000 Mark Provision eingesteckt habe und beantragt hierüber die Vernehmung von Freiherrn Schad und Herrn Wulff. Angeklagter Sklarz gibt Kenntnis von einem Gespräch, das zwischen Ernst Sonnenfeld und v. Frankenbergs geführt worden sei. In diesem war von großen Verdiensten, von etwa 35 000 M. die Rede. Angeklagter Wulff sagte aus, daß in der Familie Sonnenfeld sehr viel davon gesprochen wurde, wie groß die Freude der Mutter des Herrn v. Frankenbergs über dessen hohes Verdienst sei. v. Frankenbergs gibt an, daß der weitere Vernehmung zu, daß das Buttergeschäft mit der Firma Heymann nicht erstklassig gewesen war. Das Geschäft sei aber auf seine Veranlassung und im Einverständnis mit der Firma Heymann auf Rechnung Sklarz gegangen. Hermann Sonnenfeld bringt darauf noch die Blanko-Schulmacht zur Sprache, die seinem Sohn vor dessen Abreise nach Holland ausgestellt worden sei. Er habe damals v. Frankenbergs deswegen zur Rede gestellt und aus seinen Entgegnungen entnommen, daß man zum Zwecke der Steuerhinterziehung Erträge aus den Privatgeschäften und aus den Geschäften von Sklarz auf dieses Konto überweisen wollte. Weiter habe er aus den Gesprächen herausgehört, daß v. Frankenbergs mit seinem Sohn Geschäft gemacht hat, an denen v. Frankenbergs mit 40-50 000 M. beteiligt war. v. Frankenbergs bestreitet diese Darstellung.

Darauf wird die Verhandlung vertagt.

HALPAUS-RARITÄT

Die unübertrogene Qualitäts-Cigarette!

Lindenauer Lichtspiel-Haus
Nur Lützner Strasse 19
Heute Riesen-Weltstadtprogramm
Der schwarze Reiter.
Drama aus dem Zigeunerleben. 5 Akte!
Die Tragödie an der Goldküste!
Aus dem Leben eines Goldsuchers. 3 Akte!
Erbenkels Heiratsplan!
3 Akte! Das tollste aller Lustspiele. 3 Akte!
Freitag: HALFWELT.

LUNA-Lichtspiele
Leipzig-Eutritzscher Schloßtheater
Telephon 4914 und 51031.
Von Dienstag bis Donnerstag - Anfang 6 u. 8.15.
Arme Violetta mit Pola Negri
5 Akte! in ihrer Glanzrolle. 5 Akte!
Ferner: Der I. Teil des zweiteiligen Films
"Gefolterte Herzen" (Ohne Heimat)
MIA PANKAU in der Hauptrolle.
Gefolterte Herzen II. Teil in 8 Tagen.

Lichtspiele
Bornaische Str.
Ab heute das große Ereignis
FERN ANDRA. 6 Akte!
Die Nacht der Königin Isabeau.
Großes Sittengemälde aus dem frivolen Leben einer Königin von Frankreich.
Carola Toelle: Eine Ehe ---
Erschütterndes Familienidyll. 5 Akte!

Hainstr. 19. **Licht-U.T. Spiele** IMKUNZEL Hainstr. 19.

Nur noch 3 Tage! Veränderung nicht möglich!

**Das wuchtige Sitten-Drama
Die Flucht durch Flammen**

Schicksalstragödie einer Verführten

6 Akte.

Ausserdem:

Der grösste humoristische Cabaret-Schlager

Der Riesenschmuggel

4 Akte Tränen werden gelacht!

U.T. Connewitz

Vom 1. bis 3. März

Der gewaltige Sittenfilm

2 Akte Berlin W 2 Akte

Ausserdem: Hummelmanns Glück. Lustspiel. 3 Akte.

Einlass 3 Uhr. — Anfang 5.30 Uhr.

FILMPALAST

L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.

!! Ab heute nur 3 Tage!!

BUFFALO
der stärkste Mann der Welt!!

Ein italienischer Sensations-Film

wie

Sie

Ihn noch nicht gesehen haben.

Ferner ein Bolprogramm!

Lichtspiele
Zschocher

Telephone 40960 Inhaber: M. Raschke

Ab Dienstag bis Donnerstag

Beginn des großen Zirkus-Sensations-Films

Der Dämon der Welt

6 Akte 8 Akte

I. Teil: Das Schicksal des Edgar Morton

(Der II. und III. Teil folgen anschließend)

Die Toteninsel

Ein traurisches Filmmusical in 4 Akten

Prinzessin auf Wunsch

Lustspiel in 2 Akten

Einlass 1/2 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen.

Sondervermietungssteuer betr.

Auf Grund von § 184 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen zum Umlaufsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 wird mit Wirkung vom 1. März 1921 an für den Stadtbereich Leipzigs angeordnet, daß die Entrichtung der erhöhten Umlaufsteuer (10 v. H. des Entgeltes) für die Bewahrung einer richteter Wohn- und Schlafräume zu vorübergehendem Aufenthalt durch Personen, die damit keine gewerbliche Tätigkeit ausüben, ausschließlich durch Barzahlung zu erfolgen hat. Nur in den Fällen des § 184 Abs. 6 Satz 2 ff. der Ausführungsbestimmungen, in denen die erhöhte

Umlaufsteuer durch eine Behörde oder einen Beamten oder Notar zu entrichten ist, hat sie wie bisher durch Verwendung von Stempelmarken zu gelingen.

Die Barzahlung des Steuerbetrags ist unter Beachtung der Vorschriften in §§ 182–186 der Ausführungsbestimmungen binnen 2 Wochen nach dem Empfang des Entgelts beim Umlaufsteueramt in Leipzig, Nonnenmühlgasse 8, II., zu leisten. Die Zahlung wird bis auf weiteres auch bei den städtischen Einkommensteuer-Beobachtern:

Leipzig, Rathausring 5;
Leipzig-Volkmarsdorf, Kirchstraße 42;
Leipzig-Volkmarsdorf, Elisabethallee 29;
Leipzig-Eutritsch, Eutritscher Markt 1;
Leipzig-Gohlis, Kirchplatz 1;
Leipzig-Connewitz, Biedendorfstraße 5;
Leipzig-Lindenau, Lindenauer Markt 13;

Leipzig-Stötteritz, Sosahäuser Straße 35;
Leipzig-Möckern, Gustav-Kuhn-Straße 1;
Leipzig-Neudörfchen, Dresdner Straße 43;
Leipzig-Kleinzschocher, Antonienstraße 26;
Leipzig-Schönfeld, Breslauer Straße 37;
Leipzig-Moskau, Moskauer Straße 119;
sowie bei den staatlichen Finanzämtern
Leipzig I am Portofabrik, Hauptzollamtstraße 2;
Leipzig II., III. und IV., Seeburgstraße 79. und
Leipzig V in Leipzig-Möckern, Neust. Hallische
Straße 148

entgegengenommen.

Zwischenhandlungen und Hinterschiebungen der Steuer werden nach den gesetzlichen Vorschriften streng bestraft.

Leipzig, am 24. Februar 1921.

Vorstand des Finanzamts
Abteilung für Bevölkerungs- und Verkehrssteuern.

Bekanntmachung.
Der schwedische Staatsangehörige Jean Gustav Nilsson, geb. am 12. August 1897 in Leipzig, und gegenwärtig wohnhaft dortselbst, beabsichtigt mit der deutschen Reichsangehörigen Elsa Frieda Martha Felt, geb. am 24. September 1899 in Leipzig-Volkmarsdorf und gegenwärtig wohnhaft in Leipzig, im Deutschen Reich die Ehe zu schließen. Eintrittlich gegen diese Eheschließung sind bei der unterzeichneten Behörde spätestens am 11. März 1921 anzumelden.

Berlin, den 25. Februar 1921.

Röntal, schwedische Gesandtschaft.

Sparstelle Engelsdorf-Sommersfeld-Möllnau
Bislang 8% Tägliche Verzinsung.
Expeditiert wird jeder Werktag vormittags in Engelsdorf, Sommersfeld und Möllnau.*

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

NSB.-Parteisekretär

Die Stelle eines Parteisekretärs für den Agitationsbezirk Chemnitz ist ab 1. April neu zu besetzen. Parteigenossen, welche rednerisch und schriftstellerisch befähigt, sowie auch mit den Organisations- und Agitationsarbeiten unserer Partei – möglichst auch mit den Verhältnissen im Bezirk Chemnitz und dem Erzgebirge – vertraut sind, wollen ihre Bewerbung, die eine kurze Schilderung ihres Lebenslaufes, die Dauer der Parteiaufenthaltszeit, sowie eine Abhandlung über die Aufgaben eines Parteisekretärs enthalten muss, bis zum 15. März dem Landesvorstand der NSB, Leipzig, Landauer Str. 19, einreichen. Gehaltsanspruch ist anzugeben.

Landesvorstand der NSB, Sachsen.

Umlernen

muß heute die ganze Welt jedoch gut machen wird daher wird darüber hinaus berichtet. Er muß den ihm beigebrachten Beruf aufgeben und steht damit vor einer fast unlöslichen Aufgabe. Das beste Mittel, sich einen neuen Beruf, eine bessere Stellung zu verschaffen, bietet die **Methode Rustle** (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter), ohne Lehrer, durch Selbstunterricht unter energetischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht, Wissenschaft, geb. Mann, Wissenschaft, geb. Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Reichsverbandsexamen oder Einl.-Frei-Prüfung, Abit.-Examen, Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschulrechtsprüfung, Zweite Lehrerprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbau, Präparand, Konservatorium, Graphologie, Ausführl. Prospekt über bestandene Examina kostenlos.

Bonoss & Hachtold, Potsdam, Postfach 170.

Berfeiter Schleifer

für Lohnverarbeitung, zweijell auf Fahrradteile, gefügt Lehmann & Co., Burgstr. 20, Tischler, Reparatur u. Polier, gefügt Eisenbahntr. 6, Laden Zigarettenortierer, Vehling zu Ostern gefügt Alib. Lehmann, Ludwigstr. 1.

Tücht. Oberhemden-Häherinnen

an Qualitätserarbeit gewöhnt, sofort für Heimarbeit gefügt W. Kirchhoff, Leipzig-Angert, Engelsdorfer Straße 5.

Ostermädchen für Hochbaum-Näherei gefügt Böhme, Katharinenstr. 4, Hofr. Kräf. Ostermädchen für einf. Haushalt gefügt, Komitit, 12, pt. u. Nähler, christl. Mädch. i. u. t. nachm. Beschäftigung, Off. O. 161 Fil. Elisabethstr. 19.

Verhäuser

Schweizer-Stumpen Flora, 10. Sid.-Pod. 6 Mt. Hersteller, 40. u. Elsterstr. 3. Wiederverf. Engros-Pfeile ab Fabrik, Elsterstr. 17, vorn.

Gelegenheitslauf!

Um d. Lager zu räumen, verl. neue u. getragene Schuhe aller Sorten weit unter Preis! Böhmen, Bayerische Str. 82, Dam.-u. Kinderkleid., getrag. Gr. 40 u. 35, billige zu verkaufen, Sidonienstraße 11, 1. Eberl.

Gummi Mäntel

Bozener Mäntel Sport-Anzüge billig

WADEWITZ: Indumentenstr. 33, 1. Et. Klein Laden, nur 1. Etage, 2 Überzieh., 1. Overcoat, dir. Kleidungsart, f. i. ch. Bla. u. Bill. Reinhainerstr. 3, 1. Et. Bill. Bechauer Str. 4, 1. Et. Mod. brauner Sport-Anzug, hellblaue selb. Wagendecke.

Bonherrnshäfen!

wenig getr. Herren- u. Damen- Garderobe, Kostüme, Kleider, Mantel, Röcke, Blus., Schuhe, Bettwäsche, Federbett, a. bill. Prei. Rant. Steinweg 26, 1. Et. 2. Et. Angn., Gehrodan, günst. Höhe u. Demmeringstr. 72, 1. Et.

2 Anzüge zur Konfirmation Bill. Brandstr. 9, 1. Et. Bill. Brandstr. 9, 1. Et. 2. Et. Angz. getrag. Gebrauchszug, Cutaway 100%, getr. Höhe, überl. Pal. Lange Str. 10, 1. Et.

Gelegenheitsläufe! 1. Et. Gutehaltene Jodettanzüge, Willkürhosen, Arbeitshosen, Kini, Rautische Gast, 6, pt.

Jodettanzug, Cutaway gestreifte Hosen 30% billiger Kürbisch. Str. 7, 1. Et. (Steinbad.)

Moderner Küchen 1a Em.-Pod. 7 teilt., 865, 975, 1225 M. Beck, Hüttestr. 21

Tüche Verkauf Tüche Go. Breitenfelder Str. 33, 1. Herren-Anzug-Höft. M. 35, 40, 45 50 Mt. bis zu den feinst. Cheviots, Ramms, Kontrahenden - Anzugstoff, blau, schwarz, v. 45 Mt. an polenion, 1,20 Mt. 100 Mt. zu der Ware. Alle Stoffe ca. 140 dr. Reelle, u. bill. Sedien, Verkauf, b. Anadem.

Partie Kostüm-Stoffe und Röcke verkauf auch einzeln an Private Marktstr. 16, 1. Et.

Versandhaus Friedrich Krahlf Zudeihau, 1. Vollholzbeul, 1. S.

Konfirmandenhüte Stück 35. - gegen Nachn. Kortett, u. Konf. Kleid. w. bill. anf. Konradstr. 23, 1. Et. Ja Qual. Einfar. Normalh. a. tau. bill. Prei. K. Ladenpr. Schleuh., Körnerstr. 57, 1. Et.

Kleiderbüchsen m. u. oh. Arm. auch für Kinder, Schulbücher, vert. Reudl., Bergstr. 8, 1. Et. 1. Et. Herber, Kindw., 2. Bett. u. 2. Bettdeck., je 200 dr. Bettten bill. Et. Cr. Granatstr. 1a, 1. Et.

Ia Inlett, D. Köper, Breite 80cm 35, 4. 130cm 52, 1. Bettüberl. Mtr. 34, 40 u. 48, 1. Wirtl. Handt. 6, 50. 8, 50 rein u. halb. Handt. v. 13, 14, an, prima! Wirtsh. 9–13, 50, 1. Wirtsh. 14–15, 50, 1. Wirtsh. 16–17, 50, 1. Wirtsh. 18–19, 50, 1. Wirtsh. 20–21, 50, 1. Wirtsh. 22–23, 50, 1. Wirtsh. 24–25, 50, 1. Wirtsh. 26–27, 50, 1. Wirtsh. 28–29, 50, 1. Wirtsh. 30–31, 50, 1. Wirtsh. 32–33, 50, 1. Wirtsh. 34–35, 50, 1. Wirtsh. 36–37, 50, 1. Wirtsh. 38–39, 50, 1. Wirtsh. 40–41, 50, 1. Wirtsh. 42–43, 50, 1. Wirtsh. 44–45, 50, 1. Wirtsh. 46–47, 50, 1. Wirtsh. 48–49, 50, 1. Wirtsh. 50–51, 50, 1. Wirtsh. 52–53, 50, 1. Wirtsh. 54–55, 50, 1. Wirtsh. 56–57, 50, 1. Wirtsh. 58–59, 50, 1. Wirtsh. 60–61, 50, 1. Wirtsh. 62–63, 50, 1. Wirtsh. 64–65, 50, 1. Wirtsh. 66–67, 50, 1. Wirtsh. 68–69, 50, 1. Wirtsh. 70–71, 50, 1. Wirtsh. 72–73, 50, 1. Wirtsh. 74–75, 50, 1. Wirtsh. 76–77, 50, 1. Wirtsh. 78–79, 50, 1. Wirtsh. 80–81, 50, 1. Wirtsh. 82–83, 50, 1. Wirtsh. 84–85, 50, 1. Wirtsh. 86–87, 50, 1. Wirtsh. 88–89, 50, 1. Wirtsh. 90–91, 50, 1. Wirtsh. 92–93, 50, 1. Wirtsh. 94–95, 50, 1. Wirtsh. 96–97, 50, 1. Wirtsh. 98–99, 50, 1. Wirtsh. 100–101, 50, 1. Wirtsh. 102–103, 50, 1. Wirtsh. 104–105, 50, 1. Wirtsh. 106–107, 50, 1. Wirtsh. 108–109, 50, 1. Wirtsh. 110–111, 50, 1. Wirtsh. 112–113, 50, 1. Wirtsh. 114–115, 50, 1. Wirtsh. 116–117, 50, 1. Wirtsh. 118–119, 50, 1. Wirtsh. 120–121, 50, 1. Wirtsh. 122–123, 50, 1. Wirtsh. 124–125, 50, 1. Wirtsh. 126–127, 50, 1. Wirtsh. 128–129, 50, 1. Wirtsh. 130–131, 50, 1. Wirtsh. 132–133, 50, 1. Wirtsh. 134–135, 50, 1. Wirtsh. 136–137, 50, 1. Wirtsh. 138–139, 50, 1. Wirtsh. 140–141, 50, 1. Wirtsh. 142–143, 50, 1. Wirtsh. 144–145, 50, 1. Wirtsh. 146–147, 50, 1. Wirtsh. 148–149, 50, 1. Wirtsh. 150–151, 50, 1. Wirtsh. 152–153, 50, 1. Wirtsh. 154–155, 50, 1. Wirtsh. 156–157, 50, 1. Wirtsh. 158–159, 50, 1. Wirtsh. 160–161, 50, 1. Wirtsh. 162–163, 50, 1. Wirtsh. 164–165, 50, 1. Wirtsh. 166–167, 50, 1. Wirtsh. 168–169, 50, 1. Wirtsh. 170–171, 50, 1. Wirtsh. 172–173, 50, 1. Wirtsh. 174–175, 50, 1. Wirtsh. 176–177, 50, 1. Wirtsh. 178–179, 50, 1. Wirtsh. 180–181, 50, 1. Wirtsh. 182–183, 50, 1. Wirtsh. 184–185, 50, 1. Wirtsh. 186–187, 50, 1. Wirtsh. 188–189, 50, 1. Wirtsh. 190–191, 50, 1. Wirtsh. 192–193, 50, 1. Wirtsh. 194–195, 50, 1. Wirtsh. 196–197, 50, 1. Wirtsh. 198–199, 50, 1. Wirtsh. 200–201, 50, 1. Wirtsh. 202–203, 50, 1. Wirtsh. 204–205, 50, 1. Wirtsh. 206–207, 50, 1. Wirtsh. 208–209, 50, 1. Wirtsh. 210–211, 50, 1. Wirtsh. 212–213, 50, 1. Wirtsh. 214–215, 50, 1. Wirtsh. 216–217, 50, 1. Wirtsh. 218–219, 50, 1. Wirtsh. 220–221, 50, 1. Wirtsh. 222–223, 50, 1. Wirtsh. 224–225, 50, 1. Wirtsh. 226–227, 50, 1. Wirtsh. 228–229, 50, 1. Wirtsh. 230–231, 50, 1. Wirtsh. 232–233, 50, 1. Wirtsh. 234–235, 50, 1. Wirtsh. 236–237, 50, 1. Wirtsh. 238–239, 50, 1. Wirtsh. 240–241, 50, 1. Wirtsh. 242–243, 50, 1. Wirtsh. 244–245, 50, 1. Wirtsh. 246–247, 50, 1. Wirtsh. 248–249, 50, 1. Wirtsh. 250–251, 50, 1. Wirtsh. 252–253, 50, 1. Wirtsh. 254–255, 50, 1. Wirtsh. 256–257, 50, 1. Wirtsh. 258–259, 50, 1. Wirtsh. 260–261, 50, 1. Wirtsh. 262–263, 50, 1. Wirtsh. 264–265, 50, 1. Wirtsh. 266–267, 50, 1. Wirtsh. 268–269, 50, 1. Wirtsh. 270–271, 50, 1. Wirtsh. 272–273, 50, 1. Wirtsh. 274–275, 50, 1. Wirtsh. 276–277, 50, 1. Wirtsh. 278–279, 50, 1. Wirtsh. 280–281, 50, 1. Wirtsh. 282–283, 50, 1. Wirtsh. 284–285, 50, 1. Wirtsh. 286–287, 50, 1. Wirtsh. 288–289, 50, 1. Wirtsh. 290–291, 50, 1. Wirtsh. 292–293, 50, 1. Wirtsh. 294–295, 50, 1. Wirtsh. 296–297, 50, 1. Wirtsh. 298–299, 50, 1. Wirtsh. 300–301, 50, 1. Wirtsh. 302–303, 50, 1. Wirtsh. 304–305, 50, 1. Wirtsh. 306–307, 50, 1. Wirtsh. 308–309, 50, 1. Wirtsh. 310–311, 50, 1. Wirtsh. 312–313, 50, 1. Wirtsh. 314–315, 50, 1. Wirtsh. 316–317, 50, 1. Wirtsh. 318–319, 50, 1. Wirtsh. 320–321, 50, 1. Wirtsh. 322–323, 50, 1. Wirtsh. 324–325, 50, 1. Wirtsh. 326–327, 50, 1. Wirtsh. 328–329, 50, 1. Wirtsh. 330–331, 50, 1. Wirtsh. 332–333, 50, 1. Wirtsh. 334–335, 50, 1. Wirtsh. 336–337, 50, 1. Wirtsh. 338–339, 50, 1. Wirtsh. 340–341, 50, 1. Wirtsh. 342–343, 50, 1. Wirtsh. 344–345, 50, 1. Wirtsh. 346–347, 50, 1. Wirtsh. 348–349, 50, 1. Wirtsh. 350–351, 50, 1. Wirtsh. 352–353, 50, 1. Wirtsh. 354–355, 50, 1. Wirtsh. 356–357, 50, 1. Wirtsh. 358–359, 50, 1. Wirtsh. 360–361, 50, 1. Wirtsh. 362–363,